

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 3,30 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.)
 Unter Kreuzband, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Beuthstraße 3, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 2-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Beuthstraße 3.

Die weitere Entwicklung der irischen Agrarfrage.

Die schreckliche Hungersnoth von 1843 brachte die Nothlage der Irländer in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. In England erregte dieselbe wenn auch nicht das Bewußtsein der Schuld, so doch die Erkenntniß, daß die Zustände unhaltbar sind, daß in irgend einer Form geholfen werden müsse. Eine Kommission, die sogenannte Deacon-Kommission, wurde eingesetzt zur Untersuchung der irischen Agrarverhältnisse. Dieselbe berichtete, daß es unmöglich sei, die Leiden und Entbehrungen, welche die Häusler und Arbeiter und deren Familien in den meisten Theilen des Landes erduldeten, angemessen zu beschreiben. Ihre Hütten boten selten einen Schutz gegen das Wetter, ein Bett oder eine Bettdecke war ein ungewohnter Luxus. In vielen Gegenden bildete die Kartoffel die einzige Nahrung, Wasser den einzigen Trank, so lebte Irlands einheimische Bevölkerung in steter Hungersnoth, mißrathen aber einmal die Kartoffeln, dann wird die Hungersnoth akut. Von den zahlreichen Hungersnöthen Irlands erzeugte die durch die 1845 auftretende Kartoffelkrankheit verursachten einen selbst für dieses schwer dornierede liegende Land außerordentlichen Nothstand.

Die Haltung der Regierung war eine unschlüssige. Endlich entschloß sie sich zur Aufhebung der Kornzölle. Außerdem wurden einige Beträge gewährt, um öffentliche Arbeiten zur Unterstützung der Hungernden vornehmen zu lassen. Den großen Ernst der Lage wollte man immer noch nicht anerkennen. Mit frivolem Optimismus wurde behauptet, das Ganze sei nur ein Parteimandevor der irischen Führer. Wie frivol diese Behauptung war, geht aus Hertners Schilderung hervor. Er schreibt, die Irländer griffen nach allem, was Unterhalt versprach. Die Kadaver von Hunden, Pferden und Ferkeln galten für Leckerbissen. Mancherorts fand man Leichen mit Gras im Munde und Magen. Wilder Senf, Brunnenkresse und Seegras, ja selbst verdorbene Kartoffeln wurden verschlungen. Allenthalben lagen Leichen auf den Straßen umher. Man hatte alle Nähe, die herumliegenden Leichen einfach zu verscharren. Die niedrigsten Schätzungen beziffern die Zahl derjenigen, welche in jenen schrecklichen Zeiten theils unmittelbar durch Hunger, theils durch Hungerkrankheiten und durch die Cholera, die später noch auftrat, umkamen, auf etwa 300 000. Die so gefährdeten und sonst stets gemiedenen Arbeits- und Armenhäuser waren überfüllt, in einem einzigen schon ganz überfüllten Armenhause suchten an einem Tage 3000 Personen Unterkunft. Im Jahre 1848 mußten 2 043 000 Personen unterstützt werden.

Misernten, Hungersnoth und Epidemien waren es übrigens nicht allein, die Irland tiefe, schmerzliche Wunden schlugen. Ein ansehnlicher Theil der Bauern wurde um eben diese Zeit durch die Grundeigentümer aus ihren Farmen vertrieben, so in der Zeit von 1848-1851 nicht weniger als 263 000 Personen. Diese mußten natürlich auswandern. So schwer dies den mit schwärmerischer Liebe an der heimathlichen Scholle hängenden Iren wurde, so wanderten doch in der Zeit von 1849-1860 1 551 000 Iren, theils nach England, theils in die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

In England, wo man in manchesterlicher Verbohrtheit der eingebildeten Uebervölkerung Irlands die Schuld an dem unjünglichen Glend gab, unterstützte man die Auswanderung. Wie wenig das Manchesterthum Recht hatte, beweist schon der Umstand, daß trotz der unzweifelhaften Entvölkerung Irlands, es wanderten von 1851-1881 2 715 000 Irländer aus, die Agrarfrage heute so brennend ist, wie je zuvor.

Durch ein Gesetz von 1849, die Incumbered Estates Act, wurde veranlaßt, daß der Grund und Boden in die Hände unternehmungslustiger Leute gebracht wurde. Dieser Wechsel schlug für die irischen Bauern aber keineswegs zu ihrem Vortheile aus. Die neuen Besitzer gingen mit Austreibungen, sobald diese gewinnbringend erschienen, auf das rücksichtslosste vor. Und das war nach der Aufhebung der Kornzölle wirklich der Fall. Die Produkte der Viehzucht stiegen ungemein im Preise, während die Getreidepreise erst eine nur mäßige Steigerung, dann aber eine zurückgehende Tendenz aufwiesen. So bot also die Verwundlung kleiner Ackerfarmen in große Weidewälder unzweifelhafte Vortheile, was die Austreibung von mehr als einer halben Million Menschen in der Zeit von 1849 bis 1886 zur Folge hatte.

Daß unter der Herrschaft der unerhörten Hungersnoth die Bewegung von 1848 Irland nicht unberührt lassen konnte, versteht sich von selbst. Mannigfache revolutionäre Bewegungen mußten niedergeschlagen werden, waren auch alle vergeblich, so führten sie doch zu einer Organisation der Irländer. Bald nach dem Jahre 1848 entstand eine Pächterliga, welche forderte, daß dem Pächter, der seinen Verpflichtungen pünktlich nachkommt, keine Kündigung und Vertreibung widerfahren dürfe, daß die Rente billig sein und nicht durch den ungezügelter Wettbewerb bestimmt werden solle. Obgleich eine beträchtliche Zahl von Vertretern dieses Programms in das Parlament entandt werden konnte, so erzielte man doch keinen praktischen Erfolg. Die englische Regierung verstand es, die Führer der Bewegung durch Verleihung einträglicher Aemter in die englische Interessensphäre zu ziehen, so verfiel die ganze Partei fast ebenso rasch, als sie

emporgekommen war. Doch die Folgen der Korruptionspolitik der englischen Staatsmänner zeigte sich bald. Es traten politisch-revolutionäre Bestrebungen neuerdings in den Vordergrund. Es bildeten sich geheime Organisationen, deren mächtigste die der Fenier wurde, welche für 1865 einen Aufstand der Irländer vorbereiteten, doch verstand die englische Regierung das Vorhaben der Fenier rechtzeitig zu durchkreuzen. Kam es nun zwar nicht zur Revolution, so doch zu einzelnen revolutionären Thaten, so zu der bekannten Explosion in der Nähe des Clerkenwell-Gefängnisses. All' dies veranlaßte in England wohl zum Denken, aber man kam zu keinen vernünftigen Reformvorschlügen, weil die Theorie des Manchesterthums noch immer den richtigen Weg versperrte. Statt die Irländer gegen das ausbeuterische Gebahren der Bodenbesitzer zu schützen, machte man sie durch ein Gesetz vom Jahre 1860 noch wehrloser wie früher, man hob nämlich alle öffentlich-rechtlichen Bestimmungen über den Pachtvertrag auf und ließ denselben durch freie Vereinbarung regeln. Was aber „freie Vereinbarung“ zwischen einem übermächtigen Grundbesitzer und einem verhangerten irischen Bauern bedeutet, braucht den Lesern dieses Blattes nicht weiter auseinandergesetzt zu werden. Natürlich wurden nun diese Verhältnisse so arg, daß selbst so eingefleischte Vertreter des Manchesterthums, wie John Bright und Gladstone, einsahen, daß die irische Agrarfrage auf diesem Wege nicht zu lösen sei. Man entschloß sich daher, in England die Schaffung eines unabhängigen Bauernstandes in Irland ins Auge zu fassen. Gladstone that zur Ausführung desselben im Jahre 1870 den ersten Schritt, indem er das manchesterliche Gesetz von 1860 sehr einschränkte, die Vertreibung der Pächter sehr erschwerte und ihnen im Falle der Vertreibung verhältnismäßig ansehnliche Entschädigungen zusicherte und endlich den Eigentumsverkauf durch die Pächter förderte.

Es läßt sich nicht bestreiten, daß dieser erste entscheidende Schritt der englischen Politik zu Gunsten Irlands von günstigen Folgen begleitet war. Aber auch hier zeigte es sich, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse mächtiger sind als der gute Wille der Menschen. Die Irland besonders schwer treffende überseeische Lebensmittelpreiskonturrenz lief parallel mit vielen Misernten seit 1877. Die Schrecken der 40er Jahre schienen wiederzukehren. Die Austreibungen der Pächter nahmen wieder große Dimensionen an. Die Erregung im Lande stieg, die Verschwörungen nahmen wieder zu, die geheimen Verbindungen machten sich wieder durch Thaten bemerkbar, dabei wurden alle Bemühungen der Irländer von ihren Landsleuten in Amerika durch Geld und andere Unterstützungen sehr gefördert.

Die wichtigste Organisation wurde die am 21. Oktober

Feuilleton.

Rothenburger Tage.

Roman aus der Zeit des großen Bauernkrieges von 1525. Von Wilhelm Bloß.

Der Hahn dächte den Klosterbrüdern ein allzu geringes Reuhs und sie dachten den Zinsbauern ergebiger zu machen. Man nennt solch einen Zinshahn eine Ehrung für die frommen Herren, und siehe da, obwohl sie sich hinter die Klostermauern verbargen war dem Hochmuth und das Kergerniß dieser Welt, sie waren voll Verlangens nach größerer Ehrung. Und also redete man dem guten Bäuerlein in sein Gewissen, daß es nicht wohl angehe, dem Abt und den Klosterbrüdern einen mageren Hahn zu bringen. Das Bäuerlein geht in sich und läßt sich in Pflicht nehmen, alljährlich einen fetten Kapannen zu bringen.

„Da geht schon auf den Zinsochsen los“, rief eine Stimme, und man vernahm lautes Gelächter.

„Nur Geduld, lieben Brüder“, rief der Tippendaps, „es kommt noch Alles dran. Ihr wißt, die Klosterbrüder verstehen sich auf fette Kapannen.“

„Ja ja“, hieß es im Kreis.

Und demnächst ward des Bäuerleins Gewissen also erweicht, daß man ihm zusprach, das Jahr habe vier hohe Feste, nämlich Weihnachten, Ostern, Pfingsten und Himmelfahrt. Wenn er dem Kloster eine Ehrung wolle reichen, so

sei es Rechtens, daß zu allen hohen Zeiten solches geschehe. Worauf mein Bäuerlein vier Kapannen zu reichen hatte.“

„Ein recht einfältig Bäuerlein!“ rief der Schneider.

„Die Wissenschaft des Bäuerleins vom Stopfen und Nähen der Kapannen aber ging nicht so weit, als der frommen Herren Wunsch war, und das Bäuerlein mußte viele Vorwürfe hören, als daß die Kapannen nicht fett genug seien. Und also ward dem Bäuerlein proponirt, anstatt der vier Kapannen alljährlich ein Kalb zu bringen, was dem Bäuerlein gar sehr behagen wollte, da sein angehrautes Eheweib gar oft ein groß Geschrei erhob wegen des mühsamen Stopfens und Nähens der Kapannen.“

„Ja, die Weiber!“ rief eine Stimme. Der Tippendaps aber fuhr fort:

„Und als das Bäuerlein, vergnügt, einen so sirtrefflichen Tausch gemacht zu haben, sein Kälblein brachte, da war es ein rothes Kälblein und die Klosterbrüder mochten gerne ein schwarzes Kälblein haben. So hatte das Bäuerlein einen neuen Verdruß. Da bracht' es denn ein Ochsenkälblein und siehe da, die Herren wollten ein Kuhlälblein, und als es das Kuhlälblein gebracht, so ward der Abt unwillig, denn er meinte, das Kälblein habe noch nicht genug an der Mutter getrunken und solle noch ein halb Jahr bei ihr im Stall bleiben. Das Bäuerlein ward bekümmert ob des unverthämten Gastes im Stall, noch mehr aber ob der Ungnade des frommen Abts. Und um der Klümmerniß ledig zu werden und der Gnade des hochwürdigen Herrn Abts wieder theilhaftig zu sein, also darum ließ sich das Bäuerlein zureden, alljährlich einen Ochsen statt des Kälbleins zu bringen. Und also sehet ihr,

lieben Brüder, wie aus einem mageren Hahn ein fetter Ochse werden kann!“

Ein unbändiges Gelächter wurde laut; der wilde Grumbach aber rief durch den Lärm:

„Nicht alle Bäuerlein sind so einfältig; sie werden sich die fetten Ochsen schon wieder holen.“

„Ja ja, wir Alle werden die Ochsen wieder holen und noch mehr dazu!“ tobte die Menge.

„Und noch mehr dazu“, wiederholte der Tippendaps. „Zawohl, denn schier in allen deutschen Landen hat sich das arme und gemeine Volk erhoben, abzuschütteln und zu wälzen von seinen Schultern die Last, so die Herren darauf gewälzt haben. Lasset Euch die gute Sach nicht verdrehen, denn die Bauernmann gut Christen, dort Romanißten und Sophisten. Verzaget nicht, Ihr christlichen Brüder, und denket der Eidgenossen in der Schweiz, bei denen die Herren zum Spott gemorden und ob sie mit großer Heeresmacht wider die armen Hirten gezogen. In diesem fünfundzwanzigsten Jahr, da wird sich erfüllen das alte Sprichwörtlein, daß eine Kuh auf dem Schwabenberg, im Land zu Franken gelegen, soll stehen und ausschauen und blöken, daß man's hört bis in die Berge der Schweiz. Alsdann wird kommen die ewangelische Freiheit. Und die großen Herrchen, die Herren und Abgötter wollen sein, sie werden nicht mehr einher fahren in ihrer Pracht, sondern sie werden sein sauberlich kommen mit viel zuckerfüßen Worten. Weh euch, wenn ihr euch lasset beschwägen, denn ihr habt ihnen die Galle überlaufen gemacht und sie werden's euch eintränken, so ihr euch nicht fürsethet.“

„Wir glauben ihnen nichts mehr“, riefen mehrere

1879 gegründete Landliga. Dieselbe erklärte, daß der Grund und Boden Irlands dem irischen Volke gehöre und daß die Rechte der jetzigen Eigenthümer abzuschaffen seien. So strebte die Landliga das an, was wir in Deutschland die Bauernbefreiung nennen. Die von der Landliga angestrebte Organisation machte rasche Fortschritte. Es bildeten sich Pächtervereine in großer Zahl, welche in ähnlicher Weise wie die Gewerkschaften in England gegen die Grundeigentümer vorgingen. Dabei wurde in großartiger Weise das System des Boykott angewandt.

Nun ging man wieder mit Ausnahmegeetzen gegen Irland vor, doch vergeblich; man mußte sich also neuerdings zu Reformen entschließen. Man betraute die Berichte mit Regelung der Renten, dieselben setzten die Renten um fast ein Fünftel herab. Doch dies genügte den Irländern nicht, und sie bekämpften mit allen Mitteln die Engländer, sowohl die Bodenbesitzer, als die Beamten. Während dieses Kampfes fiel die liberale Regierung und die Konservativen bemühten sich, die Irländer zu gewinnen, sie suchten nun den Ankauf der Pachtungen durch die Pächter zu ermöglichen und eröffneten der zu diesem Zwecke eingesetzten Landkommission einen Kredit von über 60 Millionen Mark.

Aber all dies nützte nichts, die Irländer konnten die von den Gerichten ermäßigten Renten auch nicht bezahlen, sie gründeten Pächtervereinigungen, welche zu bestimmen hatten, wie viel Renten noch gezahlt werden können. Das Parlament machte hierauf das Zugeständniß, daß die Renten entsprechend dem mittlerweile erfolgten Preisfalle neu bestimmt werden sollen. Außerdem sollten die Landankäufe mehr gefördert werden, und ein weiterer Kredit von über 60 Millionen Mark wurde eröffnet. So ist der gegenwärtige Stand der englischen Gesetzgebung über die irischen Agrarverhältnisse.

Heute ist die irische Partei in ihrer starrten Organisation und in ihrem zielbewußten Vorgehen durch die in Folge des Falles Parnell eingetretene Spaltung der Partei geschwächt. Täuschen würde man sich aber, wollte man annehmen, daß dadurch den Engländern die Unterdrückung Irlands leichter werden wird. Gegen die englische Regierung werden die Irländer stets fest zusammenhalten. Die Irländer werden wohl über kurz oder lang ein eigenes Parlament für Irland, ihr politisches Programm und den Besitz des irischen Bodens durch die irischen Parzellenbauern, ihr ökonomisches Programm, durchsetzen, denn nach dem, was sie bis nun erzielt haben, kann ihnen auch das Weitere nicht versagt werden.

Wer aber meint, daß damit die soziale Frage für Irland gelöst werden wird, der täuscht sich gewaltig. Die irische Agrarverfassung wird nach Durchführung des Programmes der irischen Partei eine Vertheilung des Bodens in unzählige kleine Güter zur Folge haben, und damit wird nur eine andere Form der Noth und des Elends für dieselben beginnen. Die Lage der deutschen Klein- und Zwergbauern ist die Zukunft der irischen Bauern. Ob dies erstrebenswerth ist? Unserem Erachten nach nicht.

Singig und allein der Großbetrieb durch irische Bauerngenossenschaften würde eine endgiltige Lösung der irischen Agrarfrage bedeuten. Das werden nach neuen großen Opfern auch die Irländer einsehen.

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Grundbesitz, den 8. Dezember. Es wird uns geschrieben: Herr Schneidenbach, der hiesige Vertrauensmann, meldete am 19. November eine Besprechung der bevorstehenden Gemeindevorwahl auf den 22. v. M. an, worauf der Gemeindevorstand ihm antwortete, er habe die Anmeldung der vorgelegten Aufsichtsbekunde unterbreitet und verweigere bis zur erfolgten Genehmigung seitens derselben die Bescheinigung über die Anmeldung. Trotzdem hielt Herr Schneidenbach am 22. die Besprechung ab, weil er kein Verbot derselben erhalten hatte und eine Bescheinigung

Stimmen. „Sie haben uns schon so oft hinter's Licht geführt.“

„Und wär' ich draußen auf dem Land das einfältigste Bäuerlein“, sprach der Tippendaps, „ich hielt sie ihnen vor, die zwölf Artikel der Bauernschaft, so aus dem Schwabenland sind kommen, und sprach zu meinem Grundherrn: „Stierumb tummel dich und kurzum, Du mußt rum und sähest du noch so krumm!“

Unter einem lärmenden und tobenden Beifallsgeschrei stieg der Tippendaps von der Schranne herab. Die Menge begann erregt zu dem Röderthor hinein zu strömen.

Man sah den Doktor Deutschin, den Präzeptor Jodelheimer und Stefan von Menzingen sich eifrig im Gedränge mit den Bürgern unterhalten; Karlstadt aber, auf den die Menge wenig mehr achtete, schritt in finsternem Schweigen dem Thor zu.

Die Masse war durch die Rede des Tippendaps sehr aufgeregt worden; der schlaue Laienprediger hatte seine Färsprache für die bedrängte Bauernschaft gar geschickt mit den Beschwerden verbunden, welche die Klöster dem Volke verurthachten. Er wußte, wie sehr er damit die Begehrlichkeit der Rothensburger nach den reichen Kirchengütern reizte, und er hatte ins Schwarze getroffen, denn jetzt erhuben Viele ein großes Geschrei, man solle den Pfaffen in die Häuser fallen und sich ihres Guts versichern.

Grumbach hielt mit Agnes vor dem Thor, um die Menge sich verlaufen zu lassen. Da trat ein schlanker junger Mann an die Beiden heran, in der reichen und kostbaren Tracht des Rothensburger Patriziers, mit grünem, geschlitzten seidnen Wamms und eine wallende weiße Feder auf dem Barett, den zierlichen Beigen im vergoldeten Federgehänge. Er verneigte sich mit ritterlichem Anstand. Agnes' Wangen wurden bleich, um sich bald mit fliegender Röthe zu überziehen; es war Jörg Spelt, den ihr Vater zu ihrem Ehegemahl bestimmt hatte.

„Ah, Herr Jörg“, sagte Grumbach, „habt Ihr Euch auch zu der neuen evangelischen Lehre gewendet? Des Pölkens auf der Trinstube seid Ihr wohl auch einmal überdrüssig geworden?“

„Das nicht“, sagte der junge Rathsherr. „Aber ich

der erfolgten Anmeldung hierbei nicht für nöthig hielt. Der antwortende Grundherr verbot jedoch gleich nach seinen ersten Worten die Fortsetzung der Besprechung, und seine Beschwerde bei der Amtshauptmannschaft Auerbach blieb erfolglos. Heute hat er nun eine Vorladung vor das Amtsgericht erhalten, über welche wir noch berichten werden.

Unseres Erachtens hätte eine „Besprechung“, die keine Versammlung ist, gar nicht angemeldet werden sollen. Durch die Thatsache der Anmeldung wurde der Polizei die Verrechtigung, so zu handeln, wie sie gehandelt hat, unbegründeterweise zugestanden. Red. d. „S. V.“)

Sonntag, den 3. Januar, soll in Köln ein sozialistischer Delegirtenkongress für Rheinland und Westfalen stattfinden. Als Tagesordnung sind folgende Punkte in Vorschlag gebracht:

1. Besprechung über die Provinzial-Partei-Presse, event. Wahl entsprechender Kommissionen.
2. Besprechung über die Provinzialagitation.
3. Wahl eines Agitations-Ausschusses.
4. Anträge der Delegirten.

Der Provinzial-Delegirtenkongress für Rheinland-Westfalen soll die Agitation in den vorwiegend ländlichen Bezirken fördern und daneben den engeren Zusammenschluß der führenden Parteikreise bewirken, zugleich aber auch manches für unsere Parteipresse bestehende Hinderniß beseitigen und ihr weitere Bahnen eröffnen helfen.

Ein sozialdemokratischer Parteitag für das Herzogthum Braunschweig und die angrenzenden preussischen Landestheile soll am 21. Dezember in Lutter am Berge stattfinden.

Bei den Stadtverordneten-Wahlen in Merano wurden 1838 Stimmen abgegeben. Zwei Kandidaten unserer Partei wurden gewählt. Auf den Namen unseres Genossen, den Landtags-Abgeordneten, Musikdirektor Stolle vereinigten sich 688 Stimmen. Die nicht gewählten Kandidaten unserer Partei erzielten ansehnliche Minoritäten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Dezember.

Gestern kam die Generaldebatte des Reichs-Haushalts-Etats (warum hat man diesen barbarischen „Etat“ noch nicht weggestrichelt?) zu Ende. Und schon morgen will der Reichstag die Weihnachtsferien beginnen. Die zweite Lesung des sogenannten Arbeiterschutz-Gesetzes — das aber in Wirklichkeit ein Arbeitgeber-schutz-Gesetz ist, wird also im Plenum erst nach Neujahr stattfinden. —

Die dreitägige Statdebate drehte sich, wie naturgemäß, da keine andere brennende Frage vorliegt, hauptsächlich um die Lebensmittel-Zölle, deren Gemeinwohlbedeutung dem sozialdemokratischen Redner, Bebel, klar und deutlich nachgewiesen wurde. Freilich, der bevorstehenden Debatte über den Antrag der Sozialdemokraten auf Abschaffung der Kornzölle ist damit auch ein Theil seines Interesses vorweggenommen.

In scharfer und treffender Weise wies Bebel auf Grund der Bodenvertheilungs-Statistik und der über die ländlichen Arbeiter vorliegenden Mittheilungen nach, daß die breite Masse der Landarbeiter und kleinen Grundbesitzer zwar nicht das mindeste Interesse an der Erhaltung der Kornzölle hat, wohl aber das lebhafteste, sich unserer Partei anzuschließen. Auch die von ultramontaner und konservativer Seite beliebte Verwechslung von Religiosität und Sittlichkeit wurde gehörig beleuchtet. Neben Bebel haben auch die freisinnigen Redner die Verderblichkeit der Kornzölle dargelegt, was ihnen seitens des Reichstanzlers nach echt bismarckischer Manier den leisen Vorwurf des Landesverraths eingetragen hat, weil Herr v. Caprivi es für unzulässig hielt, daß zur Zeit der Vertragsverhandlungen mit Oesterreich-Ungarn der Wille des Volkes im Reichstage zur Geltung komme. Sonst ist über die Statberathung wenig zu berichten. Die Rede des Staatssekretärs von Mathahn war die übliche langweilige Wiederholung der durch den Druck schon bekannten Statziffern ohne irgend einen höheren Gesichtspunkt. Herr Windthorst erklärte sich wieder „im Prinzip“ für größte Sparsamkeit, um dann bei den Abstimmungen so willig Ja zu sagen wie nur der hartgefottene Deutsche Konfervative es thun kann. So bot die diesjährige Statberathung kein wesentlich anderes Bild als in früheren Jahren.

Es war in den letzten Tagen das sonderbare Gerücht verbreitet, die Regierung wolle aus eigener Initiative die Herabsetzung der landwirthschaftlichen Zölle vom Reichstag

wollte mit den Spul einmal ansehen. Seht doch der Karlstadt schon lang als ein Geipenst in Rothenburg um!“

„Nun habt Ihr wohl gemerkt, daß er von Fleisch und Wein ist“, sagte Grumbach lachend.

„Was er sprach, möcht' ich schon ertragen. Aber dieser Taugenichts, dieser Tippendaps, der die bäurische Empörung in unsere Stadt bringen will, der gehört in den Faulthurn. Hätt' ich nur genug der Stadtknechte da gehabt, ich hätt' ihn greifen und dahin abführen lassen.“

„Das hättet Ihr wohl bleiben lassen, Junkerlein“, sprach Grumbach spöttisch, „denn dacht am Marterbild standen die Gerber, lauter streitbare Männer. Die hätten dem Tippendaps nichts geschehen lassen, aber Euch hätten sie das Fell gegeben, daß Ihr vor sechs Monden nicht wieder hättet in der Trinstube sitzen mögen, und den Stadtknechten nicht weniger.“

Agnes ward zornig, als der Mann, den sie haßte und verachtete, als Georg Spelt so verächtlich von der neuen Lehre sprach. Der Tippendaps war ihr sicherlich in Manchem zuwider, aber sie wollte dem Manne, den man ihr als Gatten aufdrängen wollte, ihren Unmuth fühlen lassen.

Von dem, was der Tippendaps gesprochen, sagte sie mit scharfer Betonung, „war Manches ungleich weiser und firtrefflicher anzuhören, als die fürwichtigen und tollern Reden, so, wie man sagt, auf der Trinstube beim Pumpen gepflogen werden.“

„Aha!“ sagte Spelt, „das Fräulein huldigt den aufwüthenden Meinungen!“

„Wie Ihr meint“, sagte sie schneidend. „Ich habe so meine Gedanken.“

Mit den neuen Lehren ist's wie mit dem Steinbock im Badel'schen Wappen, der vom Felsen herabspringt ins Ungewisse. Aber wenn er auf seine Hörner fällt, so thut es ihm nichts. Ihr wollt ihm nachspringen, edles Fräulein, und das ist gefährlich, denn Ihr habt keine solchen Hörner und könnt leicht zu Schaden kommen.“

Er lachte selbst über seinen Witz. Agnes ward roth, aber sie antwortete nicht und sah Spelt nur verächtlich an. Grumbach aber hub sich in Sattel und meinte rauh:

„Junkerlein, seid sparsamer mit Euren spitzen Redensarten. Späßlein der Art versteh' ich nicht. Es könnte mit

fordern. Der „Reichsanzeiger“ hat in einer Mittheilung, die wir in unserer geistigen Nummer abdrucken, erklärt, die Nachricht, daß die Herabsetzung „fest beabsichtigt“ sei, entbehere „jeder Begründung“. Die etwas eigenthümliche Form des Amentis hat in freihändlerischen Gemüthern die Hoffnung übrig gelassen, die „Absicht“ besähe trotz alledem, sei jedoch für eine sofortige Gesetzesvorlage noch nicht „fest“ genug.

Bei Einbringung der sogenannten preussischen Reformgesetze sprachen wir gleich zu Anfang aus: jede ernstliche Reformpolitik muß vor allen Dingen mit den agrarischen schutzöllnerischen Gesetzen aufräumen, welche der junkerliche und industrielle Kapitalismus, unter der Führerschaft des Fürsten Bismarck, vermittelst der „Klinke der Gesetzgebung“ dem deutschen Volke aufgeschalt hat. Jede Reform, die diese Gesetze bestehen läßt, charakterisirt sich von vornherein als eine Schein-Reform, und alles Gerede von Liebe und Fürsorge für den armen Mann und das „arbeitende Volk“ trägt den Stempel gleichnerischer Scheuchel, so lange der Staat von jedem Wissen Brot, den der arme Arbeiter zum Munde führt, einen Zoll erzwingt, welcher den reichen Grundbesitzern in die bestehenden Taschen gesteckt wird.

Freilich, es wird nicht leicht sein, die Kornzölle wieder los zu werden. Der Appetit kommt beim Essen, und die Millionen und Millionen, die dem deutschen Mittelstand im letzten Jahrzehnt ausgepreßt worden sind, haben den Agrariern und Schlotjüngern so gut geschmeckt, daß die Herren sicherlich keine Lust haben, auf das gute Futter zu verzichten.

Und die Herren Agrarier und Schutzöllner sind heutzutage noch Meißter, und wie sehr sie auch jetzt noch die Gesetzgebung beherrschen, erblickt zur Genüge aus dem Regierungsentwurf eines sogenannten Arbeiterschutz-Gesetzes, der vollständig im Geiste jener Herren gehalten ist.

Wir glauben deshalb auch nicht an einen Bruch mit der agrarischen Schutzzoll-Politik. Und wollte die Regierung auch wirklich, die Majorität des Reichstags ist unabweisbar schutzöllnerisch, und es würde eines kräftigen „Drucks von Außen“ bedürfen, um sie gefügig zu machen.

„Druck von Außen“ kann aber auch auf die Regierung ausgeübt werden, und statt sich über die Absichten derselben den Kopf zu zerbrechen, sollten die Gegner der Kornzölle die Frage ins Volk tragen, und einen Agitations-Sturm organisiren — stark genug, jeden Widerstand sterbzuwerfen. Stimmung und Gelegenheit sind günstig. —

Inzwischen begnügen unsere Schutzöllner sich nicht mit der Vertheuerung der Lebensmittel, sie streben jetzt auch die Monopolisirung des deutschen Auswanderungsverkehrs an. Nach der „National-Zeitung“ gehen die Hamburger Abbereien darauf aus, durch ein deutsches Auswanderungsgesetz die Benutzung fremdländischer Schiffe zur Ueberfahrt nach Amerika zu erschweren. Für die Herren, welche nur ihr Geldsackinteresse kennen, ist ein derartiges Auswanderungsgesetz freilich etwas erstrebenswerthes. Nach den von glaubwürdiger Seite kommenden Berichten über die skandalöse Behandlung deutscher Auswanderer auf deutschen Schiffen haben sich die Hamburger und Bremer Abberer das Anrecht auf besondere Fürsorge vollkommen erworben. Auch wir streben eine Reform der deutschen Auswanderungs-Gesetzgebung an, freilich nicht eine zum Vortheil der Millionäre, welche die Auswanderer in schamloser Weise ausbeuten, sondern im Interesse der zum Verlassen der Heimath gezwungenen Proletarier. —

In Bezug auf die Ansprache des Kaisers an der Sankt-Kommission schreibt die „Freisinnige Zeitung“:

Korrekturen der Kaiserrede über die Schulreform durch Herrn Hinzpeter. Mehrfach hatten schon in parlamentarischen Kreisen Juhörer der Rede des Kaisers über die Schulreform im Kultusministerium geäußert, daß der Wortlaut dieser Rede an mehreren Stellen ganz anders gewesen sei, wie er nachher im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht worden ist. Jetzt finden wir in auswärtigen Blättern eine Erklärung hierüber. Der Kaiser reiste an demselben Tage, an welchem er die Rede gehalten, zur Jagd. Er war also nicht im Stande, das Stenogramm seiner Rede selbst zu corrigiren. Die Korrektur desselben übernahm nicht der Kultusminister, sondern selbständig Herr Hinzpeter in Gemeinschaft mit dem Kasseler Direktor Dr. Hartwig. Herr Hinzpeter scheint nun bei dieser Korrektur sich in Etwa

ein Beküßt ankommen, solch Mutterjöhnlein mit der Lange zwischen den Rippen zu kiesel. Aber Ihr habt gestern so tief in den Pumpen geschaut und es mag dumpf sein in Euren Kopf. Kommet, Wase,“ wandte er sich an Agnes.

Sie ritten zum Thor hinein nach dem Herrenmarkt während Spelt ihnen verdrossen nachsah.

„Mein künftige Ehegospodn offenbart sich seltsam. Nun ist sie auch noch gut bäurisch“, murmelte er. „Aber schön ist sie. Um die mag man schon einen Gang mit dem Teufel selber wagen.“

Agnes war sehr erregt.

„Verhüget Euch“, Wase,“ sprach Grumbach, „und denket des Laffen nicht mehr. Er hätt' Euch wohl von einem andern Wappen sprechen sollen, wo ein Geier im silbernen Feld aufsteigt.“ Er sah sie lauernd an. Aber Agnes antwortete nicht. Sie wollte sich dem Weiter, dessen Unzuverlässigkeit sie nur zu gut kannte, nicht anvertrauen und schwebte auf dem ganzen Wege.

Das Volk der Stadt war in mächtiger Bewegung. In den Gasthäusern drängten sich aufgeregte Männer zusammen, heftige Reden wurden gehalten und der reichlich genossenen Franktenwein erhitte die Köpfe noch mehr. Dennoch wußte es wohl zu keinem Ausbruch gekommen ohne die Weiber der Hafengasse. Die Chroniken berichten uns nicht, ob die Weiblein jener Straße durch besondere Eigenschaften von dem anderen schönen Geschlecht zu Rothenburg sich auszeichneten, aber während die Männer in den Wirthshäusern und Schänken zechten, gab es einen gewaltigen Tumult und Aufruhr der Weiber. Man sah sie mit Speichen, mit Stangen und Hellparten in der Hafengasse zusammentreiben und nach den benachbarten Straßen aufschwärmen. Das war ein Aufruhr, desgleichen zu Rothenburg zuvor noch nicht stattgefunden.

„Hoho, wohin aus? Was rennet Ihr so?“ rief der von der Predigt am Marterbild heimkehrende Stadtknecht der Schäferhand die Poppien an, des groben Bäckers aus der Hafengasse riesenhafte Ehegemahl, die sich in den allen Krebs ihres Mannes gesteckt hatte und mit einem Spieß der für den Niemen Goliath passend gewesen, gewaltig schreitend dem Marktplatz zutrebte. (Fortsetzung folgt.)

durch Korrektur-Gewohnheiten des früheren Lehrers haben leiten lassen.

Nach dem Bericht des „Reichsanzeigers“ hat beispielsweise der Kaiser als berechtigt den kassischen Gymnasien die „Realschulen“ gegenübergestellt. In Wahrheit aber soll der Kaiser bei den betreffenden Stellen gar nicht von Realschulen, sondern ausdrücklich von „Mittelschulen“ gesprochen haben. Ferner soll das Urteil des Kaisers über die Presse wesentlich anders gelautet haben. Der Kaiser sprach dabei weniger allgemein, als es im Wortlaut des „Reichsanzeigers“ erscheint und mehr von verbummelten Literaten, welche er mit dem Ausdruck „Presseengel“ bezeichnete. Der Ausdruck „Presseengel“, dessen sich Jüdder ganz bestimmt erinnern, fehlt in dem Bericht des „Reichsanzeigers“ völlig. Die ganze Stelle machte hier aber im Zusammenhang auf die Hörer einen nicht ganz so ungünstigen Eindruck wie nach dem „Reichsanzeiger“. An der Stelle, worin der Kaiser das Kaiserliche Schulleben erwähnte, hätte derselbe auch bemerkt, daß es ihm mitunter gelungen sei, an der vorgeschriebenen Schulzeit bis zu einer halben Stunde abzunutzen, und daß ihm dies und das Hineinreiten zur Schule und das Hinausreiten allein ermöglicht habe, vom Leben außerhalb der Schule etwas zu sehen. Auch diese Notiz über das Abknippen des früheren Schülers an der Schulzeit ist der Feder des Herrn Singsperger zum Opfer gefallen. Mitglieder der Konferenz hatten deshalb schon erwartet, daß der Kaiser eine nachträgliche Berichtigung des im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Wortlauts seiner Rede werde folgen lassen.

Nun, die Berichtigung ist nicht erfolgt. Es wird also an maßgebender Stelle nicht viel Wert auf den Unterschied der gesprochenen und gedruckten Worte gelegt worden sein. Und mit Recht. Der Geist ist der gleiche, in dem gedruckten wie in dem gesprochenen Wort — und mit diesem Geist haben wir zu rechnen, nicht mit der Form.

Der parlamentarische Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ telegraphiert seinem Blatte:

Ueber den Dombau in Berlin, der ursprünglich 22 Millionen kosten sollte, hat in aller Stille einer Art Kompromiß stattgefunden, an welchem auch im Interesse der Befestigung seiner Stellung der Kultusminister v. Gopler hervorragenden Antheil hat. Er hat sich im Abgeordnetenhaus eine Mehrheit gesichert, die für diesen Bau wenigstens acht Millionen bewilligen will.

Nun im Wesen ist das gleich. Den Wünschen der Mehrzahl der Steuerzahler entspricht es ebensowenig, daß für den Dombau 8 Millionen wie 22 Millionen verausgabt werden. Charakteristisch für den Geist unserer Regierungspolitik ist es jedenfalls, daß stets viel Steuern verlangt werden und diese in erster Linie für Militärszwecke in zweiter Linie für Kirchenbauten bestimmt werden. Daß dies dem Geiste unserer Zeit entspricht, werden wohl nur die Generale und die Vertreter der kirchlichen Richtung behaupten. Daß uns damit der Boden abgegraben werde, wird doch niemand glauben. Entspricht diese vom Standpunkt des Klassenstaats aus durchaus folgerichtige Politik der Regierung auch nicht unseren Wünschen, so verschafft sie uns doch immer mehr Anhänger. Uns kann es also recht sein.

Die Organisation unserer Gegner nach Fortschritte. So wird in Bremen die Gründung eines Vereins beabsichtigt, um den „Wählereien“ der Sozialdemokraten entgegenzutreten. Bravo! Je eher wir das „Hüten“ und „Drüben“ scharf abgegrenzt haben, desto rascher sind wir am Ziel.

Es geschehen Zeichen und Wunder! Die Zeitschrift „Industrie“, das Organ der Großindustriellen, in welchem die Bued, v. Stumm und sonstige Vertreter der kapitalistischen Interessen ihre sozialpolitische Weisheit quittirt erhalten, schrieb vor einigen Wochen: „Daß die großen Arbeiterorganisationen zur sozialen Revolution führen würden und durch sie die Gesellschaft ein Ende mit Schrecken nehmen müsse.“ — Jetzt liest sich dasselbe Blatt in seiner neuesten Nummer eine Besprechung der Abhandlung von Dr. Bruno Schönlanck über „Die Kartelle“, die im letzten Heft von S. Braun's „Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik“ veröffentlicht wurde, und nimmt daraus folgende Stellen als mit seiner Ueberzeugung übereinstimmend:

Die Kooperation des Kapitals erzeugt die Kooperation der Arbeiter. Es ergebe sich eine dringende Forderung: Wenn die Bestrebungen der Koalitionsfreiheit bedienem, um ihre Zwecke durchzuführen, deren Erreichung von höchster Bedeutung für die sozialen Verhältnisse ist, dann ist auch denen, die nichts haben als ihre Arbeitskraft, die Möglichkeit zu geben, für ihre Ziele auf gesetzlichem Wege zu kämpfen. Die Koalitionsfreiheit auf breiter Grundlage müsse den Arbeitern verbürgt werden. Als legale Macht soll das Proletariat sich mit den organisierten Unternehmern über seine Forderungen auseinandersetzen, sei es durch gütliche Uebereinkunft, sei es durch die Waffe der Streiks.

Die Koalitionsfreiheit genüge aber nicht, um den Arbeitern die Möglichkeit zu verschaffen, sich an der Grenze eines kulturellen Daseins zu halten. Hier seien nun die Kartelle von besonders guter Wirkung, da kartellierte Gewerbe viel eher in der Lage seien, den Anforderungen der Gewerbehygiene zu entsprechen, als die Einzelunternehmer. Die Integration des Einzelkapitals durch das Kartell liefert die besten Bedingungen für eine gründliche Umgestaltung der Gewerbe-Ordnung. Aber die Gegenwart müsse die Schutzmaßregeln ins Leben rufen, auf daß die Zukunft, welche den Kartellen gehört, eine leiblich, geistig und sittlich gesegnete Arbeiterbevölkerung vorfinde. Dies notwendige Gegenstück zur fortschreitenden Syndizierung der Industrie sei also die soziale Gesetzgebung.

Was werden, fragt die „Freie Presse“, die Feinde der Arbeiterkoalition zu diesem Wechsel der Ueberzeugung jenes Organs sagen? Was von ihnen da als richtig anerkannt wird, das hat die Arbeiterpresse schon so viele Jahre hindurch unter dem energischen Widerstande des Unternehmertums und seiner Presse vertreten. Aber gerade gegenwärtigen Augenblick, wo die kartellierte Unternehmung in Positionen an den Reichstag die Unterdrückung der Koalitionsrechte der Arbeiter und die Beschränkung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung fordern, ist es von besonderer Bedeutung, daß ein so hervorragendes kapitalistisches Organ, wie die „Industrie“, welches noch vor wenig Wochen in den Arbeiterorganisationen eine Gefahr für die Gesellschaft sah, deren Nothwendigkeit anerkennt.

Wir werden übrigens auf die Schönlanck'sche Arbeit, die wir bestens empfehlen können, noch ausführlich zurückkommen.

Ueber die Rathhalgereien und Brüggeleien der „irischen Nationalpartei“ unter sich liegen Telegramme und Berichte vor; wir wollen unsere Leser jedoch mit diesen widerlichen Einzelheiten verschonen. Es ist ein psychologisches Räthsel, wie Karnell sich zu der herostratischen Rolle, die er jetzt spielt, hat hergeben können. Ja, es ist noch mehr als herostratisch, was er thut, denn der Prachtbau, den der wirkliche Herostrat zerstörte, war doch nicht von ihm selber gebaut. Wie auch immer die Kämpfe der zwei feindlichen Homerule-Fraktionen oder richtiger Halbfraktionen endigen mögen, der Sache Irlands ist unendlicher Schaden zugefügt, und es wird nicht eher zu einer gesunden Partei-Neubildung kommen, als bis die Nothwendigkeit der sozialistischen Landreform von der Masse des irischen Volkes begriffen ist.

In einer höchst fatalen Lage befindet sich Gladstone, der nun weniger Aussicht hat als je, die Tories aus dem Sattel zu heben. Es sollte uns nicht wundern, wenn demnächst die Nachricht käme, daß er sich vom politischen Leben ganz zurückgezogen, wenigstens die offizielle Parteiführerschaft niedergelegt hat. Die Rede war schon davon.

In Frankreich stellt die Koch'sche Entdeckung alle politischen Fragen in den Hintergrund. Ein paar verrückte Charwinisten und Charlatane, die auf den „Haß gegen den Deutschen“ spekulirten, sind dem Gelächter verfallen, und in Frankreich stimmt das allgemeine Urteil über die Entdeckung mit dem in Deutschland überein. Für die Wissenschaft giebt es keine Grenzen — so wenig wie für den Sozialismus, den Sohn der Wissenschaft.

Neueste Nachrichten. Der Reichstag ist schon heute in die Ferien gegangen. Dieselben sollen bis zum 18. Januar dauern.

Der Bundesrath — so wird amtlich gemeldet — ertheilte in der gestern unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten des Staatsministeriums, v. Bötticher abgehaltenen Plenar-sitzung die Zustimmung: dem am 26. August d. J. zwischen dem Reich und der Türkei abgeschlossenen Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrage, dem Entwurf einer Verordnung, betreffend die Formen des Verfahrens und den Geschäftsgang des Reichs-Versicherungsamts in den Angelegenheiten der Invaliditäts- und Altersversicherung, den Anträgen Preußens betreffend den Austritt und die Einziehung der Hundertmark-Noten der Danziger Privat-aktienbank, und wegen Verlängerung des Banknotenprivilegiums der städtischen Bank zu Breslau, dem Befehlungs- und Pensionsetat der Reichsbandbeamten für 1891, dem Antrage der Direktion der pfälzischen Eisenbahnen zu Ludwigshafen am Rhein wegen Anwendung der Bestimmungen des § 4 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes auf die bei den pfälzischen Eisenbahnen mit Pensionberechtigung angestellten Beamten, ferner den Gesetzentwürfen für Elsaß-Lothringen, betreffend die Einrichtung von Grundbüchern. Die Arbeiter-Pensionskasse für den Bereich der großherzoglich badischen Staatsbahn- und Bodensee-Dampfschiffahrts- und der großherzoglichen Salinerverwaltung und die Arbeiter-Pensionskasse der königlich bayerischen Staatsbahn-Verwaltung wurden auf Grund der vor-gelegten Satzungen als Kasseneinrichtungen im Sinne der §§ 5 und 6 des Reichsgesetzes vom 29. Juni 1889 anerkannt. Der Entwurf einer Verordnung wegen des Verbots von Maschinen zur Herstellung künstlicher Kaffeebohnen, wurde den Ausschüssen für Handel und Verkehr und für Justizwesen, die Eingabe des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen zu Düsseldorf, betreffend die reichsgesetzliche Regelung des Post-Spartakassenwesens dem Herrn Reichskanzler überwiesen. Mit der bereits erfolgten Ueberweisung der Vorlage, betreffend die Befreiung der mit Pensionsberechtigung angestellten Beamten landesherrlicher Hof- und anderer Verwaltungen von der Versicherungs-pflicht auf Grund des § 7 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes an den Ausschuss für Handel und Verkehr, erklärte sich die Versammlung einverstanden. Von mehreren vorgelegten Aktenstücken über die Verhältnisse in Deutsch-Ostafrika nahm dieselbe Kenntniß. Endlich wurde über den dem Kaiser wegen Wiederbeziehung einer Rath-sstelle bei dem Reichsgericht zu unterbreitenden Vorschlag, über das Gesuch eines Stenogrammisten wegen Zulassung zur Schifferprüfung, über Eingaben in Zoll- und Steuer-Angelegenheiten und über Anträge mehrerer pensionirter Reichs-beamten auf Erhöhung ihrer Pensionsbeträge Beschluß gefaßt.

Von Herrn Kessler geht uns folgende Zuschrift zu: In Betreff der „Anfrage“ in der heutigen Zeitung erwidere ich sofort Folgendes:

Die „Germania-Notiz“ ist in ihrem Sinne und Zusammen-hang unrichtig. Sie kommt mir durch das „Berliner Volksblatt“ erst zu Gesicht, da ich die „Germania“ nicht lese.

1. Ich habe Laffalle gar nicht genannt.
2. Den Bericht über die Lage der badener Zigarrenarbeiter von Wörishofer zog ich in meinem Vortrage an, um an ihn zu zeigen, daß die Löhne häufig so tief sinken, um unter dem Niveau des Minimalbedarfs zu stehen. Ich empfahl freilich die angelegene Wörishofer'sche Schrift, die ich für eine sehr wichtige und sehr tüchtige Arbeit halte.
3. In der Diskussion empfahl ein Redner den Arbeitern, wie ich ihn verstand, das Studium von Marx Kapital. Ich halte das Buch nicht geeignet für die Arbeiter, weil es Vorkenntnisse voraussetzt, die nur sehr wenige haben und gab dem Ausdruck. Ich halte das für meine Pflicht und Schuldigkeit, die Arbeiter vor Geld- und Zeitverschwendung zu warnen.
4. Ueber den Werth der Philosophie und der Philosophen habe ich eigene, vielleicht lehrreiche, Ansichten. Ich bin freilich der Ansicht, daß der Lauf der Geschichte nicht von Philosophen gemacht wird. Dem gab ich an dritter Stelle meiner Aeusserungen Ausdruck, indem ich freilich sagte: „Wir würden ohne Marx und Engels eben da stehen, wo wir heut stehen, auch wenn sie nicht gewesen wären.“

Wenn diese Ansicht gegen die Grundsätze des sozialdemokratischen Parteiprogrammes verstoßen sollte, so würde mir das Leid thun, ich aber meine Ansicht nicht ändern können.

5. Ob ich das Interesse der Arbeiter und der Sozialdemokratie im Auge habe, das zu beurtheilen überlasse ich den Tausenden von Genossen, die in allernäherer Spannung meinen Worten lauschen, deren Augen dabei im Feuer der Begeisterung für unsere Sache erglänzen, und die mir mit lautem Beifall lohnten.

Ich hindere keinen Arbeiter, wenn er will, auch Wähler zu lesen, die er nicht verstehen kann, aber ich rath ihm ab.

Mit Hochachtung Gustav Kessler.

Herr Kessler giebt sich in obenstehender „Berichtigung“ die Mühe, Dinge zu berichtigen, die wir nie behauptet haben; dieses gilt insbesondere von Punkt 4. Herr Kessler hätte sich deshalb auch den pathetischen Schlussatz ersparen können.

Wenn Herr Kessler mit seiner Zeit nicht so sparsam gewesen wäre und selbst das „Kapital“ von Marx gelesen hätte, wären ihm wohl unter Anderem die langen Ausführungen desselben über den Kampf um den Normal-Arbeitsstag aufgefallen, welche doch vielleicht auch nach Ansicht des Herrn Kessler lehrreicher sind, wie die Ausführungen des Herrn Wörishofer über die Lage der badischen Zigarrenarbeiter. Wenn Herr Kessler meint, daß den Arbeitern zum Verständniß des „Kapital“ von Marx die Vorkenntnisse fehlen, so beweist er damit nur, daß er die deutschen Arbeiter ebenso wenig wie das „Kapital“ kennt. Das „Kapital“ ist ein Buch, das zwar in einzelnen Partien nicht leicht verständlich ist, aber abfolgt keine besonderen Kenntnisse, sondern einzig und allein einen offenen Kopf voraussetzt, den viele deutsche Arbeiter besitzen. Uns sind übrigens eine große Zahl Arbeiter bekannt, welche das „Kapital“ mit Verständniß und Nutzen gelesen haben. Gleichzeitig hat das Studium des Marx'schen Buches denselben einen großen Genuß bereitet. Uebrigens theilen wir Herrn Kessler gerne mit, daß, abgesehen von der kleinen Arbeit von Marx selbst über „Lohnarbeit und Kapital“, eine Popularisirung der Marx'schen Lehren aus der Feder Karl Kautsky's vorliegt. Diejenigen, welche die Bedeutung des Marx'schen Kapitals für den Emanzipationskampf des Proletariats würdigen können, werden stets das Studium von Marx den Arbeitern wärmstens empfehlen. Wenn dies Herr Kessler nicht thut, so trägt bei ihm wohl die „schwere Verständlichkeit“ des „Kapital“ daran Schuld. Uebrigens überlassen wir unseren Lesern zu beurtheilen, ob die Notiz der „Germania“ im Wesentlichen ihrem Sinne und Zusammenhange nach unrichtig ist, wie Herr Kessler behauptet.

Bis 60 000 Richter'sche „Zerlehn“ sind abgesetzt worden, wie der Zerlehn-Mann selber der Welt verkündet. Wie viele davon gratis vertheilt worden sind, das sagt er uns nicht. Nachdem wir erfahren, daß das Opus des Fortschrittshäufers von sämtlichen Rückschrittsparteien als reaktionäre Agitationschrift akzeptirt worden ist, hatten wir auf einen Absatz von mindestens 600 000 Exemplaren gerechnet. Daß nicht einmal die Absatzziffer gerodlicher Kolportagejournale erreicht wurde, ist um so räthselhafter, als in diesem Falle die Polizei selbst ja die Kolportage mitbesorgt hat.

Dem Millionär Freiherrn von Lucius ist die Fideikommiss-Stempelsteuer in Höhe von 250 000 M. erlassen. Dem Lagerarbeiter Robel aus Krautenwalde, welcher in Preussisch-Oberdorf bei Landeck arbeitet, ist ein Brot, welches ihm seine Frau über die Grenze schickte, kontreband gemacht; das Brot wurde konfisziert, der Mann eine Nacht eingesperrt und mit 25 Pf. und 20 Kreuzern bestraft.

Soziale Ueberblick.

In die Tischler Berlins! Die Verhältnisse in unserem Gewerbe sind von Jahr zu Jahr schlechter geworden. Trozdem von den Kollegen, die die Ursachen dieses Niederganges der Verdienste in der schrankenlosen Ausbeutung und in der anarchischen, kapitalistischen Produktionsweise sahen, alles aufgeboten worden ist, und dieselben immer in den vordersten Reihen im Kampfe gegen die Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse standen, ist es noch nicht gelungen, in den Köpfen der großen Masse der Berliner Tischler den Gedanken der Zusammengehörigkeit fest einzupflanzen. Die Arbeitsverhältnisse sind theils nach der letzten Statistik (1888—1889), theils nach alltäglichen Erfahrungen derartige, daß man staunen muß, wie ein Tischler mit Familie noch bei den heutigen hohen Lebens-mitteln und Miethspreisen zurechtkommt. Um diesem Uebel entgegenzuwirken, ist eine starke, straffe Organisation der Tischler Berlins notwendig, welche eine Verkürzung der Arbeitszeit anstrebt. Gleichfalls soll sie die Pflege der Solidarität in jeder Form und Einprägung der Prinzipien der modernen Arbeiterbewegung auf ihr Banner schreiben. Man hat gesehen, daß, wo eine derartige Organisation vorhanden war, und man den Kampf mit dem Kapital aufnahm, etwas für die Arbeiter errungen wurde. Allerdings erzeugte dieses Vorgehen der Arbeiter auf der andern Seite die Unternehmervverbände, mit der Tendenz, die Koalitionsfreiheit der Arbeiter zu vernichten. Denk an Hamburg nach dem 1. Mai, an Erfurt (Schuhmacher), an Gschwege, Hamburg-Altona (Tabakarbeiter) u. s. w. Dies müßte die indifferenten Kollegen anfrachten; leider ist es nicht geschehen. Alle Verhältnisse sprechen dafür, daß die Organisationen der Arbeiter dem vereinigten Kapital gegenüber noch zu schwach sind. Es hat sich auch bei den Verhandlungen auf der Gewerkschafts-Konferenz gezeigt, wohin man man müsse, um dem Unternehmertum bei seiner Latenz im Vorgehen gegen die Arbeiter-Organisationen ein energisches Halt zu gebieten. Darum ist es notwendig, daß die Tischler sich ebenfalls schlüssig werden, welche Organisation sie nicht nur anstreben, sondern auch bis ins kleinste richtig ausbauen wollen. Ein Kongreß ist daher nöthig, um alle Mängel und Schäden im Tischlergewerbe sich zu vergegenwärtigen und zu beheben, wie ihnen abzuhelfen ist und in welcher Form die Organisation ausgebaut und gestaltet werden soll. Es ist auf dem letzten Tischlerkongreß beschlossen, alle zwei Jahre einen Kongreß zu Weihnachten einzuberufen; es ist dies jetzt geschehen. Die Berliner Tischler haben am 4. Dezember in einer öffentlichen Versammlung dazu Stellung genommen, und haben Delegirte gewählt. Mit der Ausbringung der Kosten ist die frühere Kommission beauftragt worden. Dieselbe ersucht alle Berliner Tischler, sich recht rege an den Sammlungen zu betheiligen. Listen sind in Empfang zu nehmen bei den Unterzeichneten.

Im Antrage: H. Millarg, Lehrterstr. 22, 2 Tr. Die Kom-mission: Fr. Häster, Laubhagenpl. 2, Hof 2 Tr.; A. Müller, Doppelreiterstr. 28; F. Monien, Kreuzbergstr. 9, Quergeb. 3 Tr.; G. Rohlfeld, Oranienstr. 171, 3 Tr. links; H. Millarg, Lehrter-str. 22, 2 Tr.

Arbeits-einstellung. Bei der Firma Friedrich Wall-mann u. Co. Blumenstr. 74, haben gestern sämtliche Eisendreher die Arbeit niedergelegt. Der Grund ist in der Mangelregelung zweier Kollegen zu suchen. Zutug ist fern zu halten.

Herr August Werkmeister junior, Goldbleistfabrik, er-sucht uns um Aufnahme folgender Berichtigung:

„Die in meiner Fabrik beschäftigten Verilberer sind nicht wegen Lohnabzuges entlassen, sondern weil keine Silberarbeit vorhanden ist; drei Monate habe ich schon auf Lager arbeiten lassen.“

Theater.
 Sonnabend, den 13. Dezember.
 Opernhaus. Der Troubadour.
 Schauspielhaus. Priciosa.
 Festsaal-Theater. Heimgekommen.
 Berliner Theater. Goldfische.
 Deutsches Theater. Das verlorene Paradies.
 Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Bettelstudent. Sonne und Erde.
 Wallner-Theater. In Hemdsärmeln. Pension Schöller.
 Residenz-Theater. Der Kampf ums Dasein.
 Viktoria-Theater. Die sieben Raben.
 Felicitas-Theater. Aschenbrödel.
 Ostend-Theater. Die Lieder des Muslikanten.
 Thomas-Theater. Der Soldatenfreund.
 Adolph Ernst-Theater. Unsere Don Juans.
 Bürgerliches Schauspielhaus. Der Eisentel.
 Kaufmanns-Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
 Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
 Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.
 Gebr. Richter's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
 Wintergarten. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Englischer Garten.
 Direktion: C. Andress, Alexanderstraße 27c.
 Clara Conrad, Lieder- und Walzsängerin.
 Jenny Reimann, Kostüm-Soubrette.
 Mr. Samitti mit seinen dreifürten Kunden.
 Mr. O. Worch, Produktionen an römischen Ringen.
 Max Menzel, Gesangskomiker.
 Mr. Koberstein, Malabarist.
 Anfang Wochentags 8 Uhr.
 Sonntags 5 1/2 Uhr.
 Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf. 50 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf 20 und 30 Pf.

Stabliement Buggenhagen
 am Moritzplatz.
 Täglich:
 Grosses Concert.
 Direktion J. Ködumann.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Wochentags 10 Pf.,
 Sonn- und Feiertags 25 Pf.
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Kuchenschank von Pagenhofer
 Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 641 F. Müller.

Gratweil'sche Bierhallen
 Kommandantenstr. 77-79.
 Täglich:
 Grosses Concert
 mit Quartett-Sängern,
 ausgeführt von dem Musik-Direktor
 H. Sanftleben.
 Wochentags: Frei-Concert.
 Sonntags Entrée 20 Pf.
 Empfehle auch zugleich 8 Billards,
 5 Regelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.
 708 F. Sadtke.

Castan's Panopticum.
 Entrée 50 Pfg.,
 Kinder 25 Pfg.
 8, 9 Uhr Morgens
 bis 10 Uhr
 Abends.
 Vorstellung
 Vorm. 11 1/2 u.
 12 1/2 Uhr.
 Nachm. 4 1/2-5 1/2 Uhr
 stündl. eine Vorstellung.
 Extra-Entrée 30 Pfg.
 Kinder frei.
 23 Amazonen, 10 Brüder aus Jähohmen.

Passage-Panopticum.
 Unter den Linden 22/23. [749
 Wegen Auf-
 stellung von mehr
 als
100
 neuen Gruppen
 und Figuren
 bleibt das
 Passage-
 Panopticum
 diese Woche
 geschlossen.

Neu. City-Passage. Neu.
 Dresdener-Strasse 52.
 1815 Täglich:
 Rudolf Förster-Konzert.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Entrée 20 Pf.
 Saal mit guter Musik und Vereins-
 zimmer empfiehlt an Vereine
 sowie zu Privatgesellschaften. Berliner
 Volksblatt" som. "Berl. Volks-Tribüne"
 liegen aus. 1508
 H. Meissner, Gartenstr. 162.

Circus Renz.
 Karlstraße.
 Sonnabend, 13. Dezember,
 Abends 7 Uhr:
Gala-Vorstellung.
 Die lustigen Heidelberger
 oder: Ein Studenten-Ausflug mit
 Hindernissen.
 Große Original-Pantomime, neu arrang.
 u. inszeniert vom Direktor E. Renz.
 Die 4fache Fahrschule, geritten von
 4 Herren mit 8 Schulpferden. Colmar,
 geritten von Fräulein Stotilde Hager.
 Großes Hurdle-Rennen, geritten von
 Damen und Herren der Gesellschaft mit
 24 Vollblut-Springpferden. — Agat,
 Feuerpferd, dressiert und vorgeführt von
 Herrn Franz Renz. Mit Jesta Zampa,
 amerikanische Lustgymnastikerin. Auf-
 treten des berühmten Saltomortales-
 Reiters Mr. Alex. Briatore. Phantasti-
 sches Charivari von 4 musikalischen
 Clowns. — Auftreten der Reitanfän-
 gerinnen Frä. Lillie Meers, Adele, des
 Reitanfängers Mr. Burnell Willis, sowie
 sämtlicher Clowns.
 Morgen, Sonntag: 2 Vorstellungen.
 Um 4 Uhr Nachmittags (1 Kind frei);
 „Aschenbrödel.“ — Um 7 1/2 Uhr: „Die
 lustigen Heidelberger.“
 E. Renz, Direktor.

Circus Schumann.
 Friedrich-Karl-Str.
 Der Circus ist gut geübt!
 Heute, Abends 7 1/2 Uhr:
Große Gala-Vorstellung,
 mit neuem, vorzüglich gewähltem Pro-
 gramm.
 Zum 8. Male:
 In Berlin noch nicht dagewesen!
Circus unter Wasser.
 Sensationelle Wasser-Pantomime.
Eine ländl. Hochzeit.
 Große komische, equestrische Pantomime
 mit Ballet.
 Natürliches Wasser überflutet in einer
 Minute die Manege.
 Natürliche Ruderboote u. Dampfboote.
Spezialität.
Die 4 Wassernymphen,
 Alles Uebrige wie bekannt.
 Sonntag, 14. Dezember:
 2 grosse Extra-Vorstellungen.
 Nachmittags 4 und 7 1/2 Uhr. Nach-
 mittags 1 Kind frei. Abends: Die
 sensationelle Pantomime: „Eine länd-
 liche Hochzeit.“

Musik. 2109
 Größte Auswahl in Zithern, Violinen,
 Gitarren, Trommeln, Spieldosen,
 Harmonikas u. allen Blasinstrumenten.
Aug. Kessler, Lausitzer-
strasse 51.
Oestreicher!
 Wann's Euch g'müthl' unterhalten
 wollt's, so kommt's in die Kürassier-
 Stroßen auf Nr. 15a in die Ungarische
 Restauration. Die höchsten Weaner
 Tanz wer'n ausgeführt. [725
 Allen Freunden und Parteigenossen
 empfehle eine gute Weisheit und einen
kräftigen Frühstücksstich.
 Ein Vereinszimmer steht zur Verfügung.
 075
W. Haugk,
 Kochstr. 12.
 Heute, Sonnabend, Silber- u. Gänse-
 Ausschieden, wozu einladet 2134
 G. Bachhaus, Neue Königstr. 17.
 Festsaal, Vereins- und Regel-
 bahnen empfiehlt Restaurant „Freisch-
 2128
 Empfehle allen Genossen meine
Destillation und Bier-Lokal.
Oscar Adam,
 Rixdorf, Hermannpl. 4.
 Sonnabend, den 13. Dezember, groß.
 Gänse-Ausschieden, wozu alle Freunde
 und Bekannte freundlichst einladet
 D. Häußler, Dresdowstr. 29. [2118
Zimmer für Vereine und Zahlstelle
 sind zu vergeb. Simeonstr. 23.
 Zum Bilderauschieben (Marz,
 Laßalle u. f. w.) ladet ergeb. ein
 H. Wagner, Neue Königstraße 89.
 Allen Genossen und Freunden theile
 ich hierdurch mit, daß ich mein
 Cigarrengeschäft am 1. Oktober
 nach der Mantuffelstr. 9 verlegt habe.

C. Reinicke,
 Mantuffelstraße 9. 2381
Röynick.
 Röynick's Genossen, ich stehe vom
 11. Dezember ab mit Weidnachts-
 bänken in Grünauer- und Glendier-
 straßen-Gäß und bitte konsequent zu
 handeln. Hochachtungsvoll
 Carl Hämmerling.

Unserem Genossen **Gustav Vogel**
 zu seinem Wiegenfeste ein donnerndes
 Hoch! 2102
 Scheiße, Du mußt Dir doch was
 merken lassen?

Den Klavierarbeitern, sowie
 allen Freunden und Genossen
 zur Nachricht, daß am 10. d. M.
 der Klavierarbeiter [2140
Heinrich Jascher
 im 54. Lebensjahre an der Proleta-
 rierkrankheit in der königlichen
 Charitee verstorben ist. — Die
 Beerdigung findet am Sonntag,
 den 13. d. M., Nachm. 3 Uhr,
 von der Leichenhalle der
 Emmaus-Gemeinde aus statt.
 Um zahlreiche Theilnahme wird
 ersucht. Ehre seinem Andenken.

Dankagung.
 Für die so außerordentlich zahlreiche
 Theilnahme bei der Beerdigung meines
 lieben Mannes und Vaters, des Metall-
 schleifers 2185
Eduard Hoffmeister
 sagen wir allen Verwandten, Freunden
 und Bekannten, insbesondere dem Herrn
 Prediger Boigt für die trostreichen
 Worte am Grabe des Entschlafenen,
 sowie den Kollegen unseren herzlichsten
 und innigsten Dank.
Mathilde Hoffmeister, geb. Lange
 nebst Söhnen.

Oeffentliche
Drahtarbeiter-
Versammlung
 am Montag, den 15. Dezember,
 Abends 9 Uhr,
Grenadierstrasse 33.
 Tages-Ordnung:
 1. Wie organisiren wir uns?
 Referent Herr Hartmann. 2141
 2. Diskussion.
 3. Wahl von Delegirten zum Bran-
 denburger Metallarbeiter-Tage.
 4. Verschiedenes.
 Jeder Kollege und Hilfsarbeiter ist
 willkommen. Der Einberufer.

Fachverein
der Feilenhauer.
 Sonntag, den 14. Dezember,
 Vormittags 11 Uhr:
Versammlung
 im Lokale des Herrn Meissner,
 Gartenstraße 162.
 2103 Der Vorstand.

Verband d. Zimmerleute
 Berlins.
 Montag, den 15. Dezember 1890.
 Abends 8 Uhr, 2089
 bei **Feuerstein, Alte Jakobstr. 75:**
Versammlung.
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn
 Türl über Regenprojekte. 2. Verschiedenes.
 Sämmtliche Zimmerleute sind freund-
 lichst eingeladen. Der Vorstand.

Rohtabak A. Goldschmidt,
 Spandauerbrücke 6,
 an hiesigen Plage bekanntlich
 Größte Auswahl. Garantiert
 scharf brennende Tabake.
 Streng reelle Bedienung, billigste
 Preise! Sämmtliche im Handel
 befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6,
 am Tade'schen Markt. [748

Oßenbacher Schuhwaren-
Niederlage
 Max Erstling, Pant-
 strasse 31 (kein Laden)
 parterre. Gute dauerhafte Herren-
 stiefel, Damen- und Kinder-
 schuhe. Detail-Verkauf zu Fabrik-
 preisen. Empfehlenswerth zu Weih-
 nachts-geschenken. 2127

Kontrollmarken-Hüte, Regen-
schirme, Filzschuhe zu den billigsten
 Preisen bei **Henri Aertens, Hut-**
machermeister, Prinzenstr. 28,
 Ecke Ritterstraße.

Cohn's Hosenfabrik
 Pallisaden-Strasse 7,
 arbeitet aus Resten einzelne Hosen von
 1 M. an, Jaquets 1,50 M., Paletots
 3 M., Herren-Hosen von 1,50 M. an.

Holzschuh u. Filzschuh.
 Fabrik und Lager aller Sorten Herren-,
 Damen- und Kinderstiefel.
Chr. Geyer,
 4 Oranienstr. 4. 869

20. Bürger-Verloosung
 zum Besten des Pflucht-Kindergartens
 (Adalbertstr. 51). Gewinne: Schriften
 von Goethe, Schiller, Lessing, von
 Moltke, Rückert, Hauff, Karl Franzel,
 Ernst Wichert, von Paulitz u. A.;
 Jugendschriften und Bilderbücher.
 Der vierte Theil der Loose gewinnt.
Loos 50 Pf. — Ziehung: Sonn-
 abend, 20. Dezember, 2 Uhr.

Grosse öffentliche
Volks-Versammlung
 für Männer und Frauen
 am Donnerstag, den 16. Dezember, Abends 6 1/2 Uhr,
 in der **Borussia-Brauerei** in Nieder-Schönweide.
 Tages-Ordnung:
 1. Wie organisiren wir uns nach Ablauf des Sozialistengesetzes? Referent:
 Stadtv. Otto Klein. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Vertrauensmannes.
 4. Wir verhalten wir uns den aus der Blackburn'schen Fabrik unter Anlag
 gestellten Spinnerinnen gegenüber? 5. Verschiedenes.
 Der Einberufer.

Achtung! Erste große öffentliche Achtung!
Volks-Versammlung
 für Pankow und Umgegend
 am Sonntag, d. 14. d. M., Mittags 1 Uhr, im Lokale Kaiser-Friedrichstr. 50/51,
 5 Min. von der Haltestelle der Stadtbahn Schönhauser Allee.
 Tages-Ordnung:
 1. Das System der Lokalerweiterung. Referent: Stadtv. Otto Holndorf.
 2. Der Streik der Perlmutter-Drechsler in Nieder-Schönhausen. Referent:
 Drechsler Hildebrandt. 3. Verschiedenes.
 Die Gastwirthe von Pankow und Umgegend sind hierdurch ergebent
 eingeladen. [2187] Der Einberufer.

Fachverein der Tischler (Osten).
 Montag, den 15. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr,
 im Lokale des Herrn Haase (Königsbank), Gr. Frankfurterstr. 117:
Grosse Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. Referent: Reichstags-Abgeordneter Schumacher. 2. Diskussion.
 3. Warum wird nach Feiertag gearbeitet? 4. Verschiedenes u. Fragelasten.
 Ausnahme neuer Mitglieder. Der Bevollmächtigte.
 Zu dieser Versammlung sind folgende Kollegen dringend eingeladen:
 1. Die Kollegen der Werkstat von Deegen, Gubenerstr. 10; 2. Görke, Gubener
 strasse 10; 3. Rohland, Grüner Weg 87; 4. Schubert, Grüner Weg 87.

Fachverein der Tischler (Norden.)
 Montag, den 15. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr:
Große Versammlung
 im **Moabit-Casino, Wilsnacker-Strasse 63.**
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Otto Thierbach über: „Die
 ökonomische Lage der Arbeiter und ihre Organisation.“ 2. Diskussion. 3. Ge-
 werkschaftliches. 4. Verschiedenes und Fragelasten.
 Alle Kollegen des Nordens sind verpflichtet, in der Versammlung zu
 erscheinen. 2099 Der Bevollmächtigte.

Große öffentliche Versammlung
der Tischler Charlottenburgs
 am Sonntag, den 14. Dezember 1890, Vormittags 11 1/2 Uhr,
 in d. **Brauerei „Cambrinus“** (fr. Bachmann), Wallstr. 46, Charlottenburg.
 Tages-Ordnung:
 1. Stellungnahme zum deutschen Tischler-Kongress zu Hannover. (Ref.:
 Millarg, Tischler.) 2. Diskussion. 3. Wahl eines Kongress-Delegirten.
 4. Verschiedenes. 2106
 Um zahlreiches Erscheinen bittet Der Einberufer.

Verein zur Wahrung der Interessen der Klavier-
Arbeiter und verw. Berufsgenossen.
 Montag, d. 15. Dezbr., Abends 8 Uhr, in Deigmüller's Salon,
 Alte Jakobstr. 48a:
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Erziehung der Kommissionen. 2. Abrechnung vom Stiftungsfest.
 3. Verschiedenes. 2182 Der Vorstand.

Oeffentliche Versammlung
des Vereins der Gummiarbeiter Berlins u. Umgegend
 am Sonntag, den 14. Dezember 1890, Vorm. 11 Uhr,
 in den **Reichhard'schen Festsälen, Müllerstrasse 7.** 2097
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn Heinrich Busch: „Wann wird die Arbeit
 geehrt werden?“ 2. Diskussion. 3. Wahl eines Komitees zum nächsten Ver-
 gnügen. 4. Verschiedenes. 5. Aufnahme neuer Mitglieder.
 Es ist Pflicht eines jeden Gummiarbeiters, zu erscheinen.
 Der Vorstand.

Verband der Vergolder.
 Montag, d. 15. Dezbr., Abends 8 Uhr, in Scheffer's Salon,
 Inselstrasse 10:
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Gewerkschaftliches. (Der Streik der Firma August Beckmeister,
 Brunnenstr. 150/151.) 2. Verschiedenes.
 Die Kollegen werden der Wichtigkeit der Tagesordnung halber ersucht,
 zahlreich zu erscheinen, besonders der Werkstellen von Aug. Beckmeister, Rixdorf,
 sowie Rixdorf. Der Festtag wegen wird um möglichstes Wechseln der Plätze
 ermahnt. 2105 Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung
für Männer u. Frauen d. Freien Gemeinde f. Rixdorf u. Umg.
 am Sonnabend, den 13. Dezbr., Abends präzise 8 1/2 Uhr,
 im Lokale des Herrn Hoffmann, Rixdorf, Bergstr. 133. 2100
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn Dr. Stahn über Naturheilmethoden. 2. Diskussion.
 3. Fragelasten.
 Um zahlreiches Erscheinen bittet Der Vorstand.

Achtung! Achtung!
 Mitglieder des Wahlvereins des 4. Berliner Reichs-
 tags-Wahlkreises, wie Euch bekannt sein wird, findet am
 Sonntag, den 14. Dezember, ein Ausflug nach der Gut-
 fabrik-Genossenschaft, Pappel-Allee 3 und 4 statt. Der
 Treffpunkt ist beim Genossen Adolf Scholz, Kastaniens-
 Allee 35, part. (Restaurant), Vormittags 9 1/2 Uhr. Die
 Genossen werden ersucht, recht pünktlich und zahlreich zu
 erscheinen. Freunde willkommen. 2081 Der Vorstand.

1. Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 291.

Sonnabend, den 13. Dezember 1890.

7. Jahrg.

Sozialistische Presse Deutschlands.

Central-Organ.

„Vorwärts“ (Berliner Volksblatt). Chef-Red.: W. Liebknecht. Erscheint ab 1. Januar täglich in Berlin SW., Beuthstr. 2.

Wissenschaftliche Zeits.

„Die Neue Zeit“. Chef-Redakteur: Karl Kautsky.

Ständige Mitarbeiter:

A. Bebel. G. Bernstein. M. Schippel.

Erscheint wöchentlich in Stuttgart, Jurthbachstr. 12.

Täglich erscheinende Zeitungen.

- Berlin „Berliner Volksblatt“ Beuthstr. 2.
- Bielefeld „Volksmacht“ Oberthorwall 23.
- Brandenburg a. H. „Brandenburger Zeitung“.
- Braunschweig „Braunschw. Volksfreund“ Kammengießstr. 13.
- Bremen „Bremser Bürger-Zeitung“ Martinstr. 44.
- Breslau „Schlesische Volksmacht“ Weißerberggasse 64.
- Chemnitz „Die Presse“ Gartenstr. 16.
- Dessau „Volksblatt für Anhalt“ Halle, Geiststr. 24.
- Dortmund „Westfälische Freie Presse“ Lindenstr. 25.
- Dresden „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ Gerbergasse 1.
- Elberfeld „Freie Presse“ Kleine Klobbahn 10.
- Frankfurt a. M. „Frankfurter Volksstimme“ Mainstraße 15.
- Freiburg i. Br. „Oberheinische Volks-Zeitung“ Mollkestr. 22.
- Fürth „Fürther Bürger-Zeitung“.
- Gesfemünde „Norddeutsche Volksstimme“ Schulstr. 16.
- Halle a. S. „Volksblatt für Halle“ Geiststr. 24.
- Hamburg „Hamburger Echo“ Gr. Theaterstr. 44.
- Hannau „Hannauer Volks-Zeitung“ Langstr. 40.
- Hannover „Volkswille“ Marktstr. 45.
- Karlsruhe „Volksfreund“ Kreuzstr. 31.
- Königsberg i. Pr. „Königsberger Volksblatt“ Knochenstr. 39.
- Leipzig „Der Wähler“ Dörrienstr. 9.
- Magdeburg „Volksstimme“ Heiliggeiststr. 27.
- Main „Mainzer Volkszeitung“ Deutschhausgäßchen 1.
- Mannheim „Volksstimme“ T. 3. b. 4.
- München „Münchener Post“ Senefelderstr. 4, I.
- Nürnberg „Frankische Tagespost“ Weizenstr. 12.
- Offenbach „Offenbacher Abendblatt“ Frankfurterstr. 36.
- Stuttgart „Schwäbische Tagwacht“ Jurthbachstr. 12.

Wöchentlich dreimal erscheinende Blätter.

- Baut „Norddeutsches Volksblatt“ Wollstr. 1.
- Burgstädt „Burgstädter Zeitung“.
- Dortmund „Volksstimme“. Gelsenkirchen, Friedrichstr. 47.
- Düsseldorf „Düsseldorfer Arbeiter-Zeitung“ Neustr. 49.
- Erfurt „Thüringer Tribüne“ Gartenstr. 7.
- Frankfurt a. O. „Märkische Volksstimme“ Junferstr. 13.
- Gelsenkirchen „Gelsenkirchener Arbeiter-Zeitung“ Friedrichstraße 47.
- Hagen „Hagener Arbeiter-Zeitung“ Gelsenkirchen, Friedrichstr. 47.
- Mühlhausen i. G. „Eisap-Rothr. Volkszeitung“ Burggasse.
- Offenburg i. B. „Volksfreund“ Mehgerstr. 263.
- Planen i. V. „Vogeländisches Volksblatt“.
- Riesa „Der Volksfreund“ Albertplatz 6.
- Solingen „Vergische Arbeiterstimme“ Kaiserstr. 29.
- Stettin „Stettiner Volksbote“.
- Teich „Der Volksbote“ Neumarkt 38.

Wöchentlich zweimal erscheinende Blätter.

- Cresfeld „Niederheinische Volkstribüne“ Grabenstr. 58.
- Gera „Reichliche Tribüne“ Kurzestr. 16.
- Heseloh „Märkische Arbeiter-Zeitung“ Grabenstr. 56.
- Köln „Kölnener Arbeiter-Zeitung“ Thieboldsgasse 66.
- Langenbielau „Der Proletarier aus dem Culengebirge“.
- Sonneberg „Thüringer Volksfreund“ Köhlerhof.

Wöchentlich einmal erscheinende Blätter.

- Altenburg „Der Wähler“ Brüdergasse 2.
- Baut „Die Nord-Wacht“ Wollstr. 1.
- Berlin „Berliner Volks-Tribüne“ Elisabeth-Ufer 55.
- Breslau „Schlesische Nachrichten“ Weißerberggasse 64.
- Dresden „Mitteldeutsche Arbeiter-Zeitung“ Gerbergasse 1.
- „Oberlausitzer Arbeiter-Zeitung“.
- Halberstadt „Sonntags-Zeitung“ Grundenberg 3.
- München „Arbeiter-Zeitung“ Senefelderstr. 4, I.
- „Recht auf Arbeit“.
- Nürnberg „Arbeiter-Chronik“ Weizenstr. 12.
- „Bayrisches Wochenblatt“ Weizenstr. 12.
- Teich „Glückauf“ Neumarkt 38.

Wochblätter.

- München „Süddeutscher Postillon“ Senefelderstr. 4. Erscheint monatlich einmal.
- Stuttgart „Der wahre Jacob“ Jurthbachstr. 12. Erscheint alle 14 Tage.
- Münster „Unterhaltungsblatt“.
- Hamburg „Der Gesellschaft“ Große Theaterstr. 44. Erscheint wöchentlich einmal.

Gewerkschaftspressen in Deutschland.

Dreimal wöchentlich erscheinend.

Leipzig-Kendnith „Der Correspondent“ für Buchdrucker Konstantinstr. 8.

Wöchentlich erscheinend.

- Berlin „Allg. Fahr-Zeitung“ Schützenstr. 58.
- „Der Gastwirthsgehilfe“ Annenstr. 14.
- „Die Einigkeit“ (für Hausdieneric.) Elisabethufer 55.
- Berlin-Kirdorf „Vereins-Anzeiger für Maler“, Prinz Handjerystr. 37p.
- Braunschweig „Solidarität“ Marienstr. 43.
- „Vereinsblatt für Bauhandwerker Wilhelmstr. 59.
- Gelsenkirchen „Jg. der deutschen Bergarbeiter“ Friedrichstraße 47.
- Gotha „Schuhmacher-Fachblatt“.
- Hamburg „Der Arbeiter“ (für Bau- und Hilfsarbeiter) Rosenstr. 35.
- „Fachzeitung für Drechsler“ Rosenstr. 35.
- Hamburg „Der Grundstein“ (für Maurer) Fürstenplatz 2, I.
- „Bruder Schmied“ Brüderstr. 10.
- Erscheint ab Neujahr wöchentlich, bis dahin alle 14 Tage.
- „Fachzeitung für Schneider“ Rosenstr. 35.
- „Neue Tischler-Zeitung“ Eimsbüttel, Bismarckstr.
- „Der Zimmerer“ Rosenstr. 35.
- Leipzig „Der Gewerkschafter“ (f. Cigarrenarbeiter) Dörrienstraße 9.
- München „Deutsche Wötkcher-Zeitung“ Senefelderstr. 4.
- Nürnberg „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ Weizenstr. 12.

Alle 14 Tage erscheinend.

- Altenburg „Fachblatt d. Mühlenarbeiter“ Colterierstr. 201, II.
- „Vereinsblatt der Weißgerber“, Schützenstr. 16.
- Berlin „Deutsche Bäcker-Zeitung“ Coloniestr. 20.
- „Organ für Wildhauer“ Stralauerstr. 11.
- „Allgem. Dachdecker-Zeitung“ M. Markstr. 10.
- „Allgem. d. Sattler-Zeitung“ Friedrichstr. 96 Hof II.
- Dresden „Der Barbier und Friseur“ Pragerstr. 46.
- Hamburg „Der Gerber“ Rosenstr. 35.
- „Der Goldarbeiter“.
- „Der Kürschner“.
- „Der Kupferschmied“ Sophienstr. 37 IV. St. Pauli.
- „Deutsche Mechaniker-Zeitung“ Rosenstr. 35.
- „Der Schiffszimmerer“ Rosenstr. 35.
- „Der Schlosser u. Maschinenbauer“.
- „Vereinsblatt der Ziegler-Arbeiter“ Rosenstr. 35.
- Leipzig-Fähndnith „Graphische Presse“ Wurzen, Schrotstr. 7.
- Lößtau-Dresden „Der Fachgenosse“ (Glaserarbeiter) Wilsdrufferstr. 50.
- Wiesbaden „Der Glaser“ Helenenstr. 26.

Monatlich einmal erscheinend.

- Hamburg „Der Bürsten- und Pinselmacher“ Rosenstr. 35.
- „Gärtner-Zeitung“ Rosenstr. 35.
- „Der Holzarbeiter“ Rosenstr. 35.

Wir wiederholen hiermit die bereits unterm 28. November publizierte Zusammenstellung der deutschen Arbeiterpresse. Unseres Wissens fehlen unter der „Sozialistischen Presse“ folgende zwei Blätter:

Darmstadt: „Hessische Volksstimme“.

Ottensen: „Norddeutsche Volkszeitung“.

Trotz unserer wiederholten Aufforderung haben wir weder von den Expeditionen noch von den Redaktionen der betr. Blätter irgend welche Mittheilung über Erscheinungsweise oder Expeditionslokal erhalten.

Das Gleiche gilt für folgende Gewerkschaftsblätter:

- Altenburg Organ der Hutmacher.
- Krnstadt „Handschuhmacher“.
- Berlin „Pantinenmacher“.
- Burgstädt „Textilarbeiter“.
- Hamburg „Schiffer“.
- Stuttgart „Buchbinder“.
- Zwickau „Bergleute“.

Berlin SW., Raybachstraße 9, I.

Der Parteivorstand.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

40. Sitzung vom 12. Dezember, 11 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: von Bötticher, von Malhahn, von Marshall u. A.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Lesung des zwischen dem Reich und der Türkei abgeschlossenen Freundschafts-, Handels- und Schiffsahrtsvertrages.

Hg. Siemens (Dr.) bezeichnet den Vertrag als einen für Deutschland sehr vortheilhaften, weil dadurch die bisherigen Werthhölle der Türkei beseitigt werden; die neuen Zollsätze sind erheblich niedriger als früher, namentlich für die Eisen- und chemische Industrie. Die Bedeutung des Vertrages liegt aber noch auf einem anderen Gebiete. Die Türkei besand sich immer in einer schlechten Finanzlage und suchte sich Einnahmen zu verschaffen nicht nur durch Grenzölle, sondern auch durch die lokalen Durchgangsölle. Diese Durchgangsölle sind aufge-

hoben worden. Als Entschädigung erhielt dafür die türkische Regierung die Möglichkeit, das Monopol auf Zündhölchen, Zigarettenpapier und so weiter vorzubereiten. Dadurch wird die finanzielle Leistungsfähigkeit der Türkei gehoben. Dadurch gewinnt sie für die europäische Industrie eine große Bedeutung. Bis jetzt hat das deutsche Kapital fast lediglich eine dienende Rolle gespielt, indem es den unter fremder Leitung stehenden Unternehmungen sich zur Verfügung stellte und damit der fremden Industrie Vortheil zuwendete. Jetzt kann das deutsche Kapital selbst eine leitende Stellung einnehmen. Eine weitere Bedeutung hat der Vertrag wegen des Artikels 22, durch welchen Bulgarien und Aegypten gleichgestellt werden; dadurch ist die Möglichkeit geschaffen, mit Bulgarien selbständige Verträge zu schließen. Denn, wenn auch Deutschland nichts in der Türkei zu erobern hat, so kann es doch Handelsbeziehungen suchen. Deshalb ist der Vertrag mit Freuden zu begrüßen.

Der Vertrag wird darauf in zweiter Lesung in seinen einzelnen Artikeln angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Besteuerung des Zuckers, welche eingeleitet wird durch den

Schatzsekretär v. Malhahn: Das bisherige Zuckersystem hat großen Nutzen und Wohlstand gebracht, nicht nur einem kleinen Kreise von Industriellen, sondern auch der Landwirtschaft. Die Arbeit von Generationen hat es dahin gebracht, daß die deutschen Rüben einen so hohen Zuckergehalt haben, daß sie dem besten Rohr gleich stehen. Die Vervollkommnung des Verfahrens der Entzuckerung ist zu verdanken dem Ansporn, welcher in der Besteuerung des Rohmaterials lag, wobei durch Verbesserung der Rüben und der Entzuckerung eine Prämie erzielt werden konnte. Ein so nütliches System der Besteuerung kann man nur abschaffen, wenn es unbedingt nothwendig ist. Die deutsche Zuckerindustrie beherrscht den deutschen Markt und wird ihn beherrschen, auch wenn die bestehende Zuckersteuer verschwindet; die deutsche Zuckerindustrie kann den für das Ausland hergestellten Zucker lastenfrei herstellen. Es handelt sich darum, den Zustand zu beseitigen, daß jetzt aus dem Steuerertrommen eine direkte Prämie dem ausgeführten Zucker gewährt wird, daß diese Prämie preis erhöhend auf die Zuckermengen wirkt, die im Inlande verbraucht werden.

Wenn die vorgeschlagene neue Zuckersteuer eingeführt wird, dann wird der Verbrauch nicht mehr beschränkt sein als bisher, es fließen dann nur die Prämien und die Preis erhöhungen, welche der inländische Konsum dadurch erfährt, in die Reichskasse. Eine Nothwendigkeit für die Dauer des bestehenden Systems ist nicht vorhanden; wir sind auf einem Standpunkt angekommen, wo ein solches System aufhört, nützlich zu sein, wo andere Interessen der Allgemeinheit seine Beseitigung fordern. Die verbündeten Regierungen halten den jetzigen Augenblick für geeignet, die Beseitigung des Systems eintreten zu lassen. Daß die deutsche Produktion in Zukunft nicht mehr konkurrenzfähig sein wird, bestreite ich. Ich kann nicht mehr anerkennen, daß die jetzige Steuerreform noch eine nützliche ist; von Monat zu Monat habe ich mich immer mehr davon überzeugt. Die Zuckerindustrie war früher ein landwirtschaftliches Gewerbe, sie hat sich jetzt entwickelt zu einer großen Exportindustrie, daß bei manchen neuen Zuckerfabriken die Landwirtschaft nur als Nebengewerbe auftritt.

Für die Landwirtschaft ist es gleichgültig, ob aus 7 oder 10 Zentner Rüben 1 Zentner Zucker gemacht wird; im Gegenheil, die Landwirtschaft hätte ein Interesse daran, daß 10 Zentner Rüben gebraucht werden. Die Landwirthe haben sich auch der Einführung der Wilmorin-Rübe widersetzt und sind bei der alten Banzlebener Rübe geblieben; aber auch diese hat man immer in Bezug auf ihren Zuckergehalt verbessert. Die Landwirtschaft hat gar kein Interesse daran, daß die Zuckerfabriken so riesengroß sind; die Industriellen aber müssen die Fabriken möglichst groß machen, um die Entzuckerung in großen Mengen bis zum äußersten Grade durchzuführen zu können und dadurch die Kosten zu ernähigen. Durch jede neue Fabrik wird die Ueberproduktion für den Weltmarkt gesteigert. Es sind 1889—90 11 neue Fabriken in Betrieb getreten und 7 sind im Bau, so viel mir bekannt geworden. Rechnet man 15 neue Fabriken, jede mit 30 000 Doppelzentner Produktion, so würde für die um 450 000 Doppelzentner verstärkte Produktion eine Vermehrung der Bevölkerung um 4 1/2 Millionen Konsumenten nothwendig sein.

Dabei muß man bedenken, daß auch in anderen Ländern die Zuckerrübe angebaut wird, daß die Sorghum-Länder in die Reihe der Zuckerherstellenden treten. Ist es da noch angebracht, die Zuckerindustrie durch Unterstützung aus der Reichskasse künstlich zu vermehren und zwar in einem Augenblicke, wo eine Verstärkung der Reichseinnahmen nothwendig ist und jede Schwächung derselben vermieden werden muß? Von einer Seite des Hauses ist stets gedrängt worden, die Materialsteuer abzuschaffen. Diesem Drängen haben die verbündeten Regierungen sich immer widersetzt, weil wir hoffen konnten, durch die Londoner Konvention die Beseitigung aller Prämien zu erreichen. Die Ratifikationsfrist für dieselbe ist mit dem August dieses Jahres abgelaufen, wir können nicht mehr warten. Die Regierung hofft, daß die anderen Staaten im wohlverstandenen eigenen Interesse unserem Beispiele folgen werden. Mit der Maßregel warten, würde gefährlich sein, da die Finanzlage des Reiches uns doch zwingen würde, endlich vorzugehen und dann würde bei vermehrter Produktion die Beseitigung der Prämien um so schwieriger sein. Augenblicklich ist die Möglichkeit gegeben, den Uebergang milde zu gestalten, weil das zwingende Finanzbedürfnis jetzt noch nicht vorhanden ist, später würde das Reich solche Erleichterungen nicht mehr gewähren können. Die Gewährung einer festen Prämie wird damit bekämpft, daß die Steuerprämie auch Denjenigen zufließen würde, welche weniger zuckerhaltige Rüben verarbeiten. Wenn eine Prämie gewährt wird, muß sie Allen gleichmäßig gewährt werden.

Während der folgenden Rede erscheint der Reichskanzler v. Caprivi im Saale.)

Hg. Dr. Witte (Dr.) spricht seine Freude darüber aus, daß vom Bundesrathesrathe jetzt dieselben Argumente vorgebracht werden, welche er früher vorgebracht habe, die ihm aber damals von der Regierung bestritten worden seien; er freue sich über diese Belehrung umso mehr, als nach dem Spruche mehr Freude ist über einen belehrten Sünder als über tausend Gerechte. (Geisterkeit.) Redner berechnet die Prämien, welche die Zuckerindustriellen auf Reichskosten erhalten haben, im Verlaufe der Jahre auf mehr als 255 Millionen Mark. Die Begründung der Vorlage hat eine schwache Stelle, die heute von dem Staatssekretär etwas ergänzt ist, nämlich die, wo die Nothwendigkeit der Mehreinnahmen mit dem Geldbedürfnis des Reiches begründet wird. Man hätte die Reform dieser Steuer aus sich heraus machen sollen, ohne jede finanzielle Nebenabsicht; das wäre für die Industrie sehr erwünscht gewesen, sie hätte dann keine so große Beunruhigung durchzumachen. Auf die deutsche Landwirtschaft wird das Gesetz gar keinen Einfluß haben. Redner beruft sich dafür auf die Ausführungen des früheren Reichstagsabgeordneten Kobbé, dem man Sachkenntniß und ein Interesse für die Landwirtschaft nicht abprechen könne. Wir haben seit dem 1. August 1888 ein neues Zuckersteuergesetz, welches eine einschneidende Wirkung hätte ausüben müssen; denn die Materialsteuer ist dadurch auf die Hälfte ernähigt worden. Aber

das Gesetz hat gar keine Wirkung auf die Zuckerfabrikation gehabt; im Gegenteil, das erste Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes hatte die größte Zuckerproduktion, die jemals in Deutschland erreicht worden ist. Man befürchtet, daß die deutsche Zuckerindustrie durch Wegfall der Prämie in ihrem Export geschädigt wird. Das wird aber nicht der Fall sein. Durch Wegfall der Prämie wird der Weltmarktpreis entsprechend steigen. Das braucht nicht der Fall zu sein, wenn eine andere Konkurrenz vorhanden wäre, welche Deutschlands Stelle ersetzen könnte; das ist aber nicht der Fall. Der Ueberschuß der Zuckerproduktion Frankreichs ist ein so geringer, daß er den deutschen Zucker nicht ersetzen kann. Deutschland exportiert so viel Zucker, als Frankreich überhaupt nur erzeugen kann. Medner erklärt sich mit der Abschaffung der Materialsteuer einverstanden, bedauert aber, daß die Prämien nicht ebenfalls sofort abgeschafft, sondern während der nächsten drei Jahre noch gezahlt werden sollen. Da der Zucker heute kein Luxusartikel sei, sondern ein Artikel, dessen Konsum überhaupt nützlich verallgemeinert werden sollte, sollte man die Zuckersteuer nicht steigern. Ohne Erhöhung der Steuer würde sich der Konsum so erhöhen, daß Einnahmen sich ergeben werden, die von der Regierung selbst nicht erwartet werden dürfen. Medner beantragt die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern. (Beifall links.)

Abg. Graf Ida Stolberg (Dl.): Wir erkennen die finanziellen Bedürfnisse des Reiches an und wollen sie befriedigen. Wir halten auch den Zucker für einen steuerfähigen Artikel; aber diese Belastung muß erfolgen, ohne daß die Zuckerindustrie geschädigt wird. Unter Zuckerindustrie verstehe ich alle dabei beteiligten Interessenten, auch die Landwirthe, welche Rüben bauen. Daß die Landwirtschaft durch die Aenderung der Zuckersteuer geschädigt wird, ist selbstverständlich; denn die Industrie wird immer im Stande sein, die Schädigung zum Theil oder ganz auf die Landwirtschaft abzuwälzen. Die Landwirtschaft hat auch ein Interesse daran, edle Rüben mit starkem Zuckergehalt zu bauen, denn die edle Rübe entzieht dem Boden nur die notwendigsten Stoffe, die sie braucht, läßt aber die anderen für die später zu bauenden Früchte zurück. Der Vordrucker behauptet, Frankreich habe weniger Rübenboden als Deutschland; ich bestreite das. Frankreich wird nach dem Fortfall unserer Prämie, da es jetzt zu konterreiner Steuer systeme übergegangen ist, dem deutschen Zucker Konkurrenz auf dem Weltmarkt machen. Man darf dabei nicht vergessen, daß die deutsche Zuckerindustrie mit theueren Arbeitslöhnen arbeitet und belastet ist durch die Anforderungen der Sozialpolitik und durch die hohen Kohlenpreise, namentlich in den östlichen Provinzen. Man wird untersuchen müssen, ob die festen Prämien nicht auf eine längere Reihe von Jahren gewährt werden können. Ferner erscheint es mir zweifelhaft, ob nicht der Sprung von 12 auf 22 M. Konsumsteuer ein so hoher ist. Denn wenn der Weltmarktpreis sich erhöhen sollte, so wird durch die Erhöhung der Steuer auch der Inlandspreis erhöht und dadurch eine Steigerung des Konsums verhindert. Der Schwerpunkt der Verhandlungen wird in der Kommission liegen, deren Einsetzung ich auch beantrage.

Abg. Gehelhausner (nall.): Ich spreche nur für einen Theil meiner Freunde und kann nur mein Bedauern darüber ausdrücken, daß die Vorlage überhaupt gemacht worden ist. Die Zuckerfabrikanten mußten sich darauf einrichten, daß die Prämien einmal verfallen, weil die finanziellen Bedürfnisse des Reiches dies notwendig machen. Aber sie konnten das Gesetz von 1887, welches seit zwei Jahren in Kraft ist, nicht als ein Uebergangsstadium betrachten, sondern sie mußten es nach den eigenen Aeußerungen des Herrn von Malbahu als ein dauerndes betrachten, welches nicht so plötzlich aufgehoben werden kann. Man hat von dem Zucker bisher nur immer eine Steuersumme von 50 bis 60 Millionen Mark in Anspruch genommen; diese Summe ist durch das Gesetz von 1887 erreicht und es ist durchaus nicht notwendig, jetzt eine Erhöhung einzutreten zu lassen, zumal dieselbe nur geeignet sein würde, das Steigen des Verbrauchs zu hindern, ja vielleicht einen Rückgang hervorzurufen. Der Schatzsekretär hat anerkannt, daß alle anderen Staaten sich bemühen, eine eigene Zuckerindustrie zu schaffen; um so weniger dürfen wir aber die Begünstigungen, welche unsere Industrie genießt, beseitigen. Durch diese Beseitigung der Grundlagen ihrer Prosperität wird die Stellung unserer Zuckerindustrie auf dem Weltmarkt erschüttert. In Frankreich hat man, weil die Rüben diesmal weniger zuckerhaltig waren, die Ausfuhrprämie, die ohnehin viel höher ist als bei uns, noch weiter erhöht. Deshalb Frankreich, welches in den letzten Jahren seinen Export vervielfacht hat, eine noch weitere Ausdehnung der Produktion nicht vornehmen kann, ist nicht zu verstehen, Klima und Boden sind besser als bei uns und die Prämie beträgt fast den vierten Theil des Preises. Auch Amerika wird bald Erfolge erzielen, namentlich da eine Fabrikationsprämie in Aussicht genommen ist. Die Berechnung der Ausfuhrprämie ist durchaus unrichtig; man kann ernstlich gar nicht nachweisen, in welche Taschen dieselben geflossen sind, und zweitens berechnet man die Prämien zu Unrecht von der gesammten Produktion, während nur die Ausfuhr in Rechnung gestellt werden kann. Ein Freund der Ausfuhrprämien an sich bin ich nicht; ich will sie auch abschaffen, sobald es die Umstände gestatten. Die Entscheidung über diese Frage muß deshalb vertagt werden bis zu dem Zeitpunkt, wo wir die Verhältnisse besser übersehen können.

Schatzsekretär v. Malbahu: Die Vertagung der Entscheidung ist nicht zweckmäßig, im Gegenteil es muß ein genauer Zeitpunkt festgestellt werden, mit welchem die Prämien aufhören, und der inländische Konsum darf nicht von einer Last befreit werden, welche ihm später doch im Reichsinteresse wieder auferlegt werden muß. Ueber die Einzelheiten können wir uns in der Kommission unterhalten; die Regierung wird nicht unter allen Umständen jede Vorschrift der Vorlage aufrechterhalten. Ich hätte bei früherer Gelegenheit nicht meine persönliche Stellung zu verteidigen gehabt, sondern die der verbündeten Regierungen. Die damalige Situation war auch eine solche, daß ich nicht anders sprechen konnte. Die Verhandlung vom 28. Januar 1889 war die erste, welche sich mit der Londoner Konvention beschäftigte. Hätte ich damals sagen können, wir beseitigen die Steuerprämie doch, auch wenn die Konvention nicht zu Stande kommt? Wir dürften damals während der Verhandlungen über die internationale Beseitigung der Prämien eine solche Erklärung nicht abgeben. Uebrigens haben die Vertreter der Zuckerindustrie gewünscht, daß man die Prämien aufheben will; sie sind darüber gar nicht im Unklaren gewesen. Die Verlagerung der Aufgaben des Reiches liegt offen vor aller Augen, namentlich die Invalidenversicherung erfordert Mehrausgaben, die wir gar nicht berechnen können, wir wissen nur, daß sie stets steigen werden.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.): Ich fühle mich 15 Jahre jünger; es kommt mir vor, als wenn wir wieder in der Zeit lebten, wo wir leichten Sinnes die Eisenzölle abschafften. Ich rechne es mir zum Ruhme an, daß ich damals widersprochen habe. Die Motive haben wieder ganz den Ton, wie in der Hero Delbrück-Camphausen. Damals wurden wir wenigen Schutzbländer alle Augenblicke mit Insulten überhäuft, wie jetzt Herr Bambergler sie vordringt, der von dem Baft der Großindustrie und des Großgrundbesitzes sprach, dem Volke gemeinsam das Fell über die Ohren zu ziehen. (Sehr richtig! links.) (Sehr falsch! rechts.) Wir können die Dinge heute ruhiger ertragen, denn wir wissen, daß die Freihändler nur eine geringe Minderheit im Reichstag sind. Die Bedeutung des Rübenbaues für die Landwirtschaft muß immer wieder hervorgehoben werden, da wo Rüben gebaut werden, kann das 2/3fache der früheren Erntemenge an Getreide erzielt werden. Ist denn die Zuckeranzucht, die gering geschätzt 150 Millionen Mark werth ist, so ganz unbedeutend? Welchen anderen Artikel will man an die Stelle des Getreides setzen? Die Ueberproduktion soll durch die Zahl der neubegründeten Fabriken bewiesen werden; aber die Zahl der Fabriken hat sich in den letzten Jahren nicht vermehrt; zuzugeben

ist allerdings, daß die neuen Fabriken etwas größer sind, als die eingegangenen älteren Fabriken. Die Annahme dieser Vorlage wird denselben Erfolg haben wie die Aufhebung der Eisenzölle. Der Erfolg war damals ein recht erwünschter, als eine große Zahl von Hochöfen ausgeblasen war und die Löhne zu Hungerlöhnen herabsanken, da verurtheilt das deutsche Volk die Freihandelspolitik. Wenn die Vorlage Gesetz werden sollte, werden wir dieselbe Katastrophe in der Zuckerindustrie erleben, wie damals in der Eisenindustrie. Vordringler wäre es daher, wenn man dieses Experiment nicht machen wollte. (Sehr richtig! rechts.) Die Konkurrenzfähigkeit Frankreichs wird unterschätzt, sowohl von den verbündeten Regierungen, als von Herrn Witte. In Frankreich denkt man ganz anders darüber und freut sich, daß man Deutschland jetzt leichter vom Weltmarkt wird verdrängen können. Auf die früheren Auslassungen des Herrn von Malbahu hat Herr Gehelhausner schon verwiesen. Wenn diese Praxis sich einbürgert, dann werden die Erklärungen unserer Vertreter nicht mehr denselben Glauben finden, wie früher. Und in welche Stellung kommen die englischen Minister! Sie haben es unter heftigen Angriffen der Opposition durchgesetzt, daß nach dem Zustandekommen der Londoner Konvention der mit Prämien bedachte Zucker vom englischen Markte ausgeschlossen werden soll; was werden sie dazu sagen, wenn man jetzt von deutscher Seite selbstständig vorgeht? Und wie steht es denn mit Oesterreich-Ungarn? Wird dieser Hauptkonkurrent Deutschlands seine Prämien beibehalten oder nicht? Man sollte doch die Beschlußfassung über diese Vorlage verlagern, bis über den österreichischen Handelsvertrag Auskunft gegeben werden kann. (Sehr richtig! rechts.) Nun, am 2. Februar dieses Jahres hat Herr Miquel in einer Wahlrede sich gegen die Abschaffung der Ausfuhrprämie erklärt. Alle Vertreter der Landwirtschaft, auch diejenigen, welche kein Interesse an der Rübenzucker-Industrie haben, sollten bedenken, daß die Interessen der Landwirtschaft solidarisch sind. Was jetzt der Zuckerindustrie geschieht, kann auch der Brennerlei passieren und schließlich sollte auch die Industrie daran denken, daß die agrarischen Zölle, von deren Erhöhung ja jetzt vielfach gesprochen wird, mit den industriellen Zöllen stehen und fallen. Wenn man eine neue Verbrauchssteuer braucht, dann sollte man einmal eine solche ausfinden, die nicht die Landwirtschaft betrifft, vielleicht eine Steuer auf Kalkum oder Eisen; sehr zweckmäßig wäre auch eine Insteratensteuer, deren Erträge die lästlichsten Erwartungen übersteigen würden. (Beifall rechts.)

Schatzsekretär von Malbahu: Das Vorgehen bezüglich der Eisenzölle im Jahre 1872 ist mit dem jetzigen Vorgehen durchaus nicht zu vergleichen. Ich habe damals selbst für die Aufhebung der Eisenzölle gestimmt und erklärt, daß ich diese Abtummung heute für eine falsche halte. Ueber die dem Reich einbringenden Einnahmen, die der Eisenindustrie den Schutz, welchen sie für den einheimischen Markt besaß, zu entziehen. Nach der gegenwärtigen Vorlage bleibt aber die Zuckerindustrie auf dem einheimischen Markte ebenso geschützt, wie bisher. Wir sind nicht leichten Herzens zu dieser Vorlage gekommen, ich kann wenigstens für meine Person das Gegenteil bezogen, nur unter dem Drucke zwingender Nothwendigkeit bin ich daran gegangen, diese Vorlage auszuarbeiten zu lassen und vorzulegen. Wenn ich die Sache nicht eindringlich genug gemacht habe, wenn der Ton der Motive nicht gefällt, ich gebe die ganze Motive preis, wenn Sie nur die Vorlage annehmen. (Zustimmung: große Heiterkeit.)

Abg. Heine (Soz.): Für uns ist das Interesse der in der Zuckerindustrie beschäftigten Arbeiter entscheidend für die Beurtheilung der Vorlage. Durch unsere Agitation an der Hand unserer Zuckersteuer-Versammlung ist es möglich geworden, in meinem Wahlkreise den größten Vertreter der agrarischen Interessen im Reichstage, Herrn Dieze, aus dem Felde zu schlagen. In der Zuckerindustrie sind 100 000 Arbeiter beschäftigt. Die Ausfuhrprämien fließen aber nicht in die Taschen der Zuckerarbeiter und Konsumenten, sondern in die der Fabrikanten, die 50 bis 100 pCt. Dividende erhalten. Die Zuckerprämie ist zu einer Krankheit an dem nationalen Körper, zu einer Zuckerkrankheit geworden. Die Vorlage trägt zwar unseren früheren Bedürfnissen Rechnung, aber unseren Ansichten entspricht sie zum größten Theil doch nicht. Wir wollen keine Exportprämien, auch keine zweijährige Wartzeit und ebenso wenig feste Prämien. Auch die Verbrauchsabgaben wollen wir nicht von 12 auf 22 M. erhöhen und dadurch dem Reiche Einnahmen verschaffen zu zwecken, die uns noch nicht klar sind. Wir sind immer als im Allgemeinen gegen das Gesetz, warten aber ab, wie es sich im Einzelnen gestalten wird. Mit der Bemerkung der Motive, daß die gegenwärtigen Verhältnisse schon jetzt einen ungesunden Charakter tragen, sind wir völlig einverstanden. Besonders in meinem Heimatlande Sachsen ist durch die Zuckerindustrie der kleine Landbau durch den Großbetrieb verdrängt worden. Infolge der Vernichtung des kleinen und mittleren Besitzes giebt es kein niedrigeres Proletariat als das der Zuckerindustrie bei uns. Die Löhne der Zuckerarbeiter sind so ungenügend, daß Schwindsucht, kurzes Lebensalter der in den Zuckerfabriken beschäftigten Männer, Frauen und Kinder die Folgen sind. Man bekämpft die Sklaverei. Die Kontrakte der Zuckerfabrikanten mit ihren Arbeitern sind so hart, daß vielfach die Arbeiter bei der Entlassung wegen kleiner Vergehen sogar die paar Groschen ihrer Konvention verlieren. Die Zuckerfabrikation ist ein Moloch, der nicht nur unser Nationalvermögen, sondern auch unsere Nationalgesundheit ruiniert. Die Sachseingänge sind auch eine Folge der Zuckerfabrikations-Versammlung. Diese meist polnischen Arbeiter werden in einer Art Sklaverei gehalten. Die Zuckerinteressenten glauben ohne Frauen, Kinder, Sonntage, und Nachtarbeit nicht bestehen zu können. Das Schmachvollste aber sind die sogenannten Strafgelehrten. Ohne jeden Grund werden den Arbeitern kleine und große Strafbüße gemacht und sind diese nicht damit zufrieden, so werden sie entlassen. Was aus den Strafgelehrten wird, weiß ich nicht, und die Arbeiter wissen's auch nicht. In der Zuckerbranche werden 97 000 Arbeiter beschäftigt in 393 Fabriken. Diese Arbeiter erhalten nicht ganz so viel Lohn wie überhaupt an Exportprämien bezahlt wird. Mit dem bisherigen Steuer systeme muß gebrochen werden. Erst dann wird auch der Arbeiter den Zucker als Verbrauchsmittel in größerem Umfange benutzen können. Aber selbst wenn Sie die Exportdomination abschaffen, so wird die Lage der Arbeiter doch nicht wesentlich gebessert werden können, wenn nicht die sozialdemokratischen Grundsätze zur Durchführung gelangen.

Abg. Bahl (nll.) erklärt Namens eines Theils seiner Freunde, daß dieselben auf dem Boden der Vorlage stehen und der Regierung ihre Unterstützung nicht versagen wollen, wenn diese den Zeitpunkt für gekommen erachtet, die einer einzelnen Industrie gewährte Unterstützung aus der Steuerlast zu beseitigen. Dabei komme kein bayrischer Partikularismus zur Geltung, denn auch in Bayern ist die Zuckerindustrie vertreten. Die anderen Staaten werden hoffentlich dem deutschen Beispiel folgen und ihre Prämien abschaffen; die Verhandlungen für die Londoner Konvention haben eine Wahrscheinlichkeit gegeben. Die Abschaffung der deutschen Prämien wird in anderen Staaten alle diejenigen Elemente fördern, welche an den Zuckerprämien nicht theilhaftig sind, so wird es der österreichischen Finanzverwaltung ganz angenehm sein, wenn sie 5 Mill. Gulden Prämien erreichen kann. Herr Witte hat die Prämien etwas zu hoch berechnet und eigentlich sich selbst widersprochen. Er hat zugegeben, daß der Fortfall der Prämien den Weltmarktpreis steigern wird; damit steigt doch aber der Inlandspreis auch; wie kann ein Freihändler also eigentlich eine solche Maßregel befürworten? Es ist zu hoffen, daß die durch die frühere Steuerpolitik großgezogene Industrie sich an ihrer Höhe erhalten wird.

Abg. Barth (Df.): Die Abschaffung der Prämie wird allerdings den Weltmarktpreis steigern; aber wir Freihändler haben

auch immer dagegen uns ausgesprochen, daß der Weltmarktpreis künstlich beeinflusst wird. Der Ausgleich für die Zuckerindustrie wird eben in der Ausgleichung des Inlandsverbrauchs zu liegen haben. Die Thatsachen beweisen, daß die früheren Reformen der Zuckersteuer falsch waren, weil sie nicht ordentlich an die Zuckerprämien herangehtreten sind. Wenn wir jetzt wieder halbe Arbeit machen und einen faulen Frieden schließen, dann werden wir bald wieder eine neue Vorlage brauchen und dadurch die Zuckerindustrie immer wieder beunruhigen müssen. Je näher die Gefahr liegt, daß neue Zuckererzeugnisse auf dem Weltmarkt erscheinen, desto mehr müssen wir den Gesundungsprozeß unserer Zuckerindustrie beschleunigen und nicht erst die Sache noch so weiter gehen lassen.

Die Vorlage wird darauf einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.
Schluß 3/4 Uhr.

41. Sitzung, 4 Uhr.

Zur Verabreichung steht der Antrag des Abg. Auer und Genossen, betreffend die Einstellung eines beim Landgericht zu Magdeburg schwebenden Strafverfahrens gegen den Abg. Kunes wegen Vergehen gegen das Sozialistengesetz.

Abg. Singer: Obgleich wir oft genötigt sind, ähnliche Anträge beim Reichstage einzubringen, hätten wir doch nicht geglaubt, daß wir in die Lage kommen würden, einen Antrag wie den vorliegenden bei Ihnen zu beschreiben, der dadurch notwendig geworden, daß der Abg. Kunes wegen Vergehens gegen das längst auf gesetzlichem Wege aufgehobene Sozialistengesetz angeklagt worden ist. Die Einleitung eines solchen Strafverfahrens muß für das Rechtsbewußtsein des Volkes nahezu unverständlich bleiben. Ich empfehle Ihnen die Annahme unseres Antrages.

Der Antrag wird ohne weitere Debatte angenommen.
Es folgt die dritte Verabreichung des zwischen dem Reich und der Türkei abgeschlossenen Freundschafts-, Handels- und Schiffahrts-Vertrages, welcher unverändert im Ganzen genehmigt wird.

Die Geschäftsordnungs-Kommission beantragt die vom Reichstage erbetene Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Redakteurs Müller zu Rammberg a. S. und derjenigen Personen, welche für eine Stelle in der in Magdeburg erscheinenden „Volkstimme“ vom 2. Juli verantwortlich sind, nicht zu erteilen.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.
Schluß 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag, den 13. Januar 1891, 2 Uhr. (Anträge Auer und Richter betreffend die Ermächtigung bezw. Aufhebung der landwirtschaftlichen Zölle.)

Parlamentarisches.

Die deutsch-konservative Fraktion des Reichstags hat sich am 10. d. M. definitiv konstituiert: Der Vorsitz behält auch ferner Freiherr v. Manteuffel, während Herr v. Helldorff einstimmig in den Vorstand gewählt worden ist, so daß derselbe nunmehr außer aus Herrn v. Manteuffel aus den Herren Adernann, v. Helldorff, Graf von Kleist und Wichmann besteht.

Kommunales.

Der von der Stadtverordneten-Versammlung zur Verabreichung des Antrages Stadthagen und Genossen eingeleitete Ausschuss beriet über denselben am Donnerstag von 6 bis 1/10 Uhr Abends. Während die freisinnigen Stadtverordneten Kleefeld, Bergemann, Baumgarten und Heilborn sich absolut ablehnend gegen jeden Vorschlag auf Aenderung der bestehenden Einrichtung, daß nur 9000 Mark für Unterrichtsmittel beschaffung und zwar nur „für Bedürftige“ jährlich verwendet werden dürfen, verhielten, anerkannte die Majorität, daß die vom Antragsteller wiederholt hervorgehobenen Mängel vorhanden seien. Von den vier oben genannten Herren erklärte Kleefeld, er sei gegen jeden von Sozialdemokraten eingebrachten Antrag und hat seine Fraktionskollegen lebhaft mit den Sozialdemokraten „nicht zu fraternisieren oder zusammenzuhalten“, während Baumgarten in der Annahme der Berliner Einwohnerzahl einen Beweis dafür erblickte, daß die ärmere Bevölkerung in Berlin sich wohl fühlen müsse! Derartige gaben die Vertreter des Magistrats, Stadtraths de Neve und Vertram, zwar nicht zum Besten, verhielten sich aber gleichfalls jeder Aenderung der bestehenden Einrichtungen gegenüber ablehnend. Die Herren Schwalbe, Gerstenberg und Baillieu erklärten sich gegen das dem sozialdemokratischen Antrage ihrer Ansicht nach zu Grunde liegende Prinzip. Uebrigens sei bei ihnen bestand darüber, ob die Direktoren oder ob die Schulkommissions-Vorsteher geeigneter wären, darüber zu entscheiden, ob Unterrichtsmittel verabsichtigt werden sollten. Schließlich wurde nach Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages, für den nur Stadthagen und Voghter stimmten, und nach senerer Ablehnung des Antrages, den Rektor freies Ermessen bei der Auswahl der Empfänger von Unterrichtsmitteln zuzugestehen, dem Antrage Baillieu entsprechend beschloffen, den Magistrat zu ersuchen im nächsten Etat fast 9000 Mark zur Anschaffung von Unterrichtsmitteln „für Bedürftige“ 60 000 M. ohne den Zusatz „für Bedürftige“ einzustellen und geeignete Maßregeln dahin zu treffen, daß die Unterrichtsmittel durch die Schulkommissions-Vorsteher schneller als bisher verabreicht würden. So ist denn wenigstens etwas für die minder wohlhabende Bevölkerung durch den sozialdemokratischen Antrag erreicht. Das es nichts Ganzes, sondern nur ein Palliativmittel ist, liegt auf der Hand. Ob die Versammlung selbst endlich einsehen wird, daß Abhilfe gegen die anerkannten Uebelstände nur durch völlige Unermittelbarkeit der Lehrmittel für Alle geschaffen werden kann?

Lokales.

Sittliche Entrüstung. Unsere Moral- und Tugendhelden lassen befallig keine passende und unpassende Gelegenheit vorbegehen, sich „sittlich zu entrüsten“, insbesondere nicht, wenn es gilt, der Sozialdemokratie einen Seitenhieb zu versetzen. Es ist ja allerdings ein billiges Vergnügen, in „sittlicher Entrüstung“ zu „machen“, sich in den Mantel der Tugend zu hüllen, um damit die eigenen Laster zu verdecken, den Mund voll Phrasen zu nehmen und augenwehrend über die Verderbtheit der „unteren Klassen!“ Erghlicher Weise üben diese Tugendhelden aber mit einer wahren Virtuosität immer die unpassendsten Gelegenheiten für ihre „sittliche Entrüstung“ herauszufinden, während sie die passenden Gelegenheiten unbenutzt vorbegehen lassen, so daß ihr heuchlerisches Gebahren in seiner ganzen Bedeutunglosigkeit klar zu Tage tritt.

Als z. B. vor kurzem die Tagespresse die Nachricht durchließ, daß ein vagabundierendes vierzehnjähriges Mädchen aufgegriffen worden sei, welches sich den erbärmlichen Lebensunterhalt durch gewerdmäßige Prostitution erwarb, da fanden sich natürlich sofort wieder tugendhafte Scribafare, welche diese Erscheinung mit der Sozialdemokratie in Verbindung brachten bezw. diese für jene verantwortlich machten, und ihrer „sittlichen Entrüstung“ dadurch Luft verschafften, daß sie von den verderblichen und entsetzlichen Einflüssen der Sozialdemokratie, von freier Liebe und dergleichen mehr faselten.

Wie lächerlich diese „sittliche Entrüstung“ ist, liegt klar auf

der Hand, denn nicht die Sozialdemokratie, sondern die heutige herrschende Gesellschaft ist für derartige Erscheinungen verantwortlich zu machen. Aber abgesehen davon muß eine solche Begehung um so widerlicher berühren, als in der betreffenden Notiz ausdrücklich gesagt war, daß das Mädchen eine elterlose Waise sei, welches von seiner ersten wie zweiten „Pflegerin“ bereits im zarten Kindesalter an Männer verkauft worden sei, bis es endlich, aus den Klauen jener Weiber sich befreiend, hilflos und hilflos vollends im Schlamme des Glanzes und Lasters versank. Das solche Mädchen nur um des schönen Geldes willen ihr schändliches Metier betreiben, ist klar, und daß es nicht arme Proletarier sind, welche habgierigen Gelegenheitsmacherinnen den Sündenlohn in blankem Gelde bezahlen können, dürfte auch jenen Tagendebolden, die sich so gern mit Anstand „entrüsten“, zugewandt sein. Solche Lust- und Wüstlinge sind in ganz anderen Kreisen, in „besseren Gesellschaft“ zu suchen.

Recht bezeichnend nach dieser Richtung hin ist der Fall Schenk, welchen die Berliner Lokalchronik der letzten Tage zu verzeichnen hatte, jenes Rentiers in den 50er Jahren, dem sein ausschweifendes Leben nicht mehr genigte, der schließlich sein unglückseliges sechszehnjähriges Dienstmädchen hingerichtete, nachdem andere leichtsinnige Dinge vorangegangen, und seinem Dasein dann durch Selbstmord ein Ende bereite. War es nicht hier am Ende, einen Schrei der sittlichen Entrüstung auszusprechen? Ja, neuer, das war ganz etwas anderes! Wie war man eifrig bemüht, das schändliche Verbrechen und seine Motive zuzudecken mit dem Mantel der Liebe; wie war man eifrig bemüht, den Todten in das beste Licht hinstellen, seine „Böhschheit“ zu rühmen und den deus ex machina, den „plötzlichen Wahnsinn“, ins Feld zu führen! Ja, ein heisses Blatt entbrennte sich nicht, von ihm sogar als vom „unglücklichen Mörder“ zu sprechen! Nun wahrlich, ob solchen Gebahrens könnte man fürwahr selber in Versuchung geraten, sich „sittlich zu entrüsten“!

Die frommen Arbeiter im Weinberge des Herrn, die Jünger der Berliner Stadtmission, treten neuerdings für manchen nicht äußerlich kirchlich beauftragten Menschen ziemlich andringlich in die Erscheinung. Daß diese Herren mit den salbungsvollen Worten auf ihren Zungen zunächst den ernstlichen Versuch zu unternehmen haben, diejenigen zu bekehren, die gerade im Begriff sind „vom Glauben abzufallen“, haben wir schon früher mitgeteilt. Jeder, der seinen Austritt aus der Landeskirche nimmt, hat sich des Besuches eines solchen frommen salbenderen Herren zu versehen und es ist eigentlich zu verwundern, woher diese Leute noch immer den Muth nehmen, solche Besuche zu machen. Mit ihrer Frömmerei haben sie doch ganz sicher noch keinen Menschen, der den Entschluß gefaßt hatte, aus der Landeskirche auszutreten, bewegen, diesen Entschluß aufzugeben; ja wenn jemand einer besonderen Stärkung dieses Entschlusses bedürfte, so könnte diese nicht besser gewährt werden, als durch solchen Besuch. Eine solche entsetzliche Hohlheit des Wissens, wie man sie bei diesen Leuten trifft, kann kein Gemüth, auch nicht das eines nur wenig gebildeten Menschen befriedigen.

Neuerdings aber nimmt das Treiben dieser frommen Seelenjäger eine Gestalt an, die als ein Unflug schlimmer Art gezeichnet zu werden verdient. Es ist schon eine Zeit lang her, als der Schreiber dieses einen solchen Stadtmissionar auf dem großen Schlachthofe begegnete. Der fromme Mann war dort bekannt als Gegenstand des Aßes, denn er ließ sich zu den allerstoltesten Streichen ruhig verwenden. Eine Horde junger Burche sperrte ihn in einen der Viehhallen ein und verlangten von ihm, daß er dort einen Choral singe; daß that der Mann denn auch und die Gesellschaft stimmte in einer Weise ein, die Stein erweichen, Menschen rasend machen kann. In einem Raume, wo die Viehtreiber sich zu erwärmen pflegten, wurde der fromme Mann angeregt, eine Predigt zu halten; abermals erkante zuerst ein Choralevers in schauerlicher Melodie, dann begann die Predigt, bei welcher buchstäblich die Zuhörer, nachdem sie den Redner weidlich ausgehört hatten, davonliefen, vermunthlich, weil sie draußen zu ihm hatten. Das Tollste bei dieser Sache aber war, daß bald darauf in irgend einem in Dienste der Berliner Stadtmission stehenden kleinen Predigerorgane eine ausführliche Schilderung zu lesen war über die legendäre Wirken des Missionars auf dem Städtischen Viehweide, wo es ihm gelungen sei, unter den Viehtreibern in den Schweine- und Kälber-Abtheilungen gläubige Seelen zu gewinnen. Allein dieses tolle Treiben wird noch bei Weitem übertrifft durch die geradezu skandalösen Versammlungen, welche allabendlich in der Grünstraße von einem Stadtmissionar abgehalten werden. In einem langen Werkstattraum des Hintergebäudes versammeln sich gegen 8 Uhr etwa ein Duzend radulustiger Lehrlinge und Laufjungen, die sich hier nach vollendetem Tageswerke einen kostenfreien Ull leisten. Sie setzen sich auf die kleinen Holzbank, ziehen entsetzliche Grimassen, bis schließlich die ganze Gesellschaft in ein furchtbares Gelächter ausbricht; der Herr Stadtmissionar fährt dazwischen und Einer, den er für den räuberischen hält, wird rausgeschmissen. Die Gesellschaft begrüßt jeden Eintretenden mit einem lauten gemeinsamen und gleichmäßig gesprochenen „Guten Abend“, dem die schaudervollsten Grimassen und ein unterdrücktes Richern folgen. Der Stellvertreter des Stadtmissionars, ein spindeldürrer Männlein mit langen, glattgeschneitten Haaren, und einem stark markirten Gesicht, der so aussieht, als ob ihn in unbewachter Stunde Satanas zu reiten pflege, fährt unter die Jungen, und es werden zwei rausgeschmissen. Um 8 Uhr treten zwei behelmte Schulleute in den Saal mit dem üblichen „guten Abend“ begrüßt. Jetzt müssen nun eigentlich drei rausgeschmissen werden, allein die Versammlung ist ohnehin nicht groß und man begnügt sich mit Einem; dieser aber remonstirt, bis der Schumann ihn auffordert: Gehen Sie! „Nun natürlich geh' ich; reiten kann ich nicht!“ erwidert der Burche und wirft knallend die Thür hinter sich zu.

Aus umgestülpten Kisten ist ein Podium errichtet. Der Stadtmissionar erklettert eine derselben und beginnt die Abendandacht mit einer gründlichen Verlesung der strafrechtlichen Bestimmungen über Verletzung des Hausrechts, Aushörung u. s. w. kann wird ein Choral gesungen; den Gesang begleitet ein etwa zehnjähriger Knabe auf der Violine, mit der er ebenfalls hoch auf einer Kiste thronet. Furchtbare Töne geben bei diesem Gesange die Jungen im hinteren Ende des Saales von sich. Der Stadtmissionar spricht ein Gebet; die Jungen begleiten dasselbe mit tiefem Säubern und Seufzen und mit unterdrückten Richern, manchmal auch mit lautem Aufschreien. Das Gebet ist zu Ende. Amen, Amen, Amen! brüllen die Jungen; eine der kleinen Holzbank springt um; die Jungen, welche darauf gesessen hatten, wälzen sich in einem wüsten Knäuel am Boden; dabei ragen ihre Beine so hoch in die Luft, daß man deutlich merkt, die Situation ist wohl vor- bereitet. Wieder wird rausgeschmissen! Nochmals folgt ein Lied, in derselben entsetzlichen Weise wie das erste gesungen, mit einem Wort, es ist nicht zum Aushalten.

Und diesem entsetzlichen Unflug wohnen zwei Schulleute bei! Die wüthendste politische Rednerversammlung kann nicht so abstoßend wirken, als diese „Abendandachten“, welche die innere Mission allabendlich veranstaltet. Sie sind einfach ein Schandstück in unserem Berliner Versammlungsleben.

Wohlthätigkeits-Fußtritte. Fast täglich finden sich in den Tagesblättern der Bourgeoisie Aufrufe zu Beiträgen für die Humanitätsbestrebungen. Hier werden Mitglieder zu einem Vereine gegen Verarmung und Bettelerei geworden; dort werden Gelder erbeten für die Gründung neuer Volkshäuser. Hier list man von dem Plan, einen Knaben- und Mädchenhort ins Leben zu rufen, dort wird reklamhaft ausposaunt, wie viel Obdach- losen durch die Wohlthätigkeit dieses oder jenen Vereins in der vergangenen Nacht Unterkommen und Nahrung gewährt worden ist. Gewöhnlich tragen alle diese Vereine und Veranstaltungen als Kellame, Firmenschild die Namen hoher Aristokraten oder der Spitze ihrer Aufrufe. Die guten Leute, welche sich dazu hergeben und welche, wie es allerdings meist der Fall ist, nur die Mittelkeit treibt, ihren Namen öffentlich glänzen zu sehen, die

guten Leute glauben Wunder, was sie großes leisten. Geht man der Sache auf den Grund, so kommt man in den allermeisten Fällen zu der Ueberzeugung: „Glücklich der, welcher derartig gewährte Almosen nicht in Anspruch zu nehmen gezwungen ist, denn tiefste Demüthigung ist ihm meistens beschieden.“ Er muß sehr oft „Wohlthätigkeits-Fußtritte“ über sich ergehen lassen. In dieser unserer Behauptung bietet der folgende Fall eine prächtige Illustration. Ein gebildeter Mensch ist durch eine Verirrung seinerseits ins Gefängniß gerathen. Er wird nach längerer Haft entlassen und hat nun nur das eine Ziel, sich wieder eine geachtete gesellschaftliche Stellung zu erringen. Bösig aller Mittel entbietet, hungernd und obdachlos wendet er sich an derartige Wohlthätigkeits-Anstalten, nachdem er überall, wo er um Arbeit nachgefahrt, ab- und auf diese Vereine hingewiesen worden. Eines Vormittags um 11 Uhr begiebt er sich in das Bureau des Vereins gegen Verarmung und Bettelerei nach dem deutschen Dom. Haben Sie in Berlin Wohnung? fragt der Geschäftsführer. Nein, vorläufig nicht, aber ich bin sechs Jahre hier aufjagig, bin vor einigen Tagen aus einer Strafanstalt entlassen worden und siehe nun völlig erloschen und mittellos da, war die Antwort des Unglücklichen. „Thut mir leid — wenden Sie sich an die Armenverwaltung von Berlin, Zimmer 88, im Rathhaus! Adieu!“ Mit diesem tröstlichen Bescheid begiebt er sich nach dem Rathhause. Hier wird ihm die Auskunft, daß in das städtische Asyl nur Leute die aus Krankenhäusern, nicht Solche, die aus Strafanstalten entlassen sind, aufgenommen werden, er solle jedoch sich an die Polizeipräsidium gehen und sich ins „Asyl für Obdachlose“ schicken lassen. Der Bedauernswerte hat seit einhalb Tagen so gut wie nichts gegessen, es war mittlerweile Mittag geworden, er begiebt sich noch einmal zum Verein gegen Verarmung und Bettelerei zurück, macht dem Verwalter hier seine Erfahrungen auf dem Rathhause kund und wird nun von diesem an Herrn Geheimen Ober-Justizrath Start, Wilhelmstr. 19, gewiesen, an den Verein für entlassene Strafgefangene. Er erklärt auch hier seine Lage und ird mit den Worten herauskomplimentirt: „Machen Sie keine langen Reden — gehen Sie nach dem Verein zur Vesperung entlassener Strafgefangener, Neue Friedrichstr. 33.“ Inzwischen ist es Abend geworden, der Mann hat sich müde gefühlt, sein Hunger ist noch stärker geworden; er verstimmt durch das Hin- und Herjagen — der Herr Geheimrath war, als der Mann das erste Mal vorsprechen wollte, nicht zu Hause — den Anschlag im Asyl und muß die Nacht frierend im Freien zubringen. Am frühen Morgen begiebt er sich nach der Neuen Friedrichstraße. Er wird in einem von vier lahnen Wänden umschlossenen Raum gewiesen, eine Anzahl stiere, verworfene Gesichter, die sich hier schon befinden, zeigen ihm, daß der Verein zur Vesperung von Strafgefangenen an diesen Leuten bisher wenig „gebetet“ hat. Er muß sich hier, weil er noch einigermaßen anständig gekleidet war, zwei Stunden lang die rohen und häßlichen Bemerkungen dieser Gesellen anhören, endlich wird er vorgelesen und endlich erhält er die heißersehnte Wohlthätigkeits-Spende in Form einer — Speisemarke zur Volkshäuser. Zugleich wird ihm die trostreiche Botschaft mitgeteilt, daß er Aussicht habe, in einigen Tagen nach Schlessen transportirt zu werden, um dort Sand oder Kohlen zu laden. Bösig geschlagen gelangt er wieder auf die Straße. Hier trifft er glücklicherweise einen armen Arbeiter, der ihn von früher her aus dem Geschäft, wo er einst Buchhalter war, kennt und ihn bei sich aufnimmt und speist, und ihm so lange Obdach gewähren will, bis es dem Armen gelungen ist, Arbeit zu finden. Der menschenfreundliche Arbeiter that mehr, als die sämmtlichen hier aufgeführten Wohlthätigkeits-Anstalten zusammen.

Jur Charakteristik der schamlosen Sensationslüsternheit unserer Bourgeoisie können wir unseren Lesern wieder einmal einen zutreffenden Beweis liefern. Der Sozialdemokratie gegenüber halten sie jedes Mittel für recht und sei es auch die Lüge und Verleumdung.

Unsere Leser haben neulich einen Bericht über eine Volksversammlung erhalten, welche am Montag bei Joel stattfand. In derselben sollte Genosse Max Baginski einen Vortrag über die Arbeiterinnenbewegung halten. Derselbe war jedoch nicht erschienen; es wurde daher dieser Punkt von der Tagesordnung abgesehen. Die Bourgeoisie läßt sich in ihrem Vorhaben dadurch jedoch durchaus nicht stören. Sie bringt ruhig einen regelrechten Bericht über den Vortrag, in welchem der angebliche Referent Angriffe gegen einzelne Personen richtete und läßt ihn von der Versammlung verschiedentlich durch Beifallsbezeugungen und Widerspruch unterbrochen werden. Auch die ganzen sonstigen Wiedergaben der Verhandlungen strotzen von Unrichtigkeiten und Aufbauschungen der geringfügigsten Vorgänge.

Man sieht also, wie recht wir mit unserer Behauptung haben, unserer tugendhaften und frommen Bourgeoisie sei uns gegenüber jedes Mittel anständig genug. Selbst vor schamlosen Lügen und Verleumdungen schrickt sie nicht zurück. — Jedenfalls liegt System an der Methode.

Ueber einen neuen Codexfall aus der II. medizinischen Klinik des Professors Gerhardt wird der Berl. Ztg. folgendes berichtet: „Die 37jährige Näherin Agnes F. aus Berlin ist am 8. Dezember gestorben, nachdem sie am 18. November, 21. und 22. wieder 2 und am 28. nur 1 Milligramm Koch'scher Lympe eingegeben erhalten hatte. Wie die Obduktion ergab, ist die Patientin jedoch nicht an irgend welchen durch das Mittel hervorgerufenen Veränderungen zu Grunde gegangen, wenigstens nicht im Zustand insolge des durch die Einspritzung bedingten andauernden Fiebers verschlimmerte. Es handelte sich hier — wie Prof. Gerhardt ausdrücklich hervorhob — um eine außerordentlich böartige Blutarmuth, die schon lange vorher zu tiefgreifenden Störungen geführt hatte, also um einen von Hause aus verlorenen Fall, der eher trotz, als wegen des Koch'schen Mittels tödtlich verlaufen ist. Zu Einspritzungen schritt man, weil sich im späteren Verlauf zu seiner allgemeinen Erkrankung während des langen Spitalaufenthalts eine mäßige Tuberkulose bei der Lungen- und Leber-gegend wahrscheinlich durch Ansteckung im Spital selbst erworben! Man konnte annehmen, daß jene überaus hartnäckige Blutarmuth vielleicht eine Folge der Tuberkulose, und da andere Mittel nichts mehr fruchtete, so entschloß man sich zuletzt zur Anwendung der Koch'schen Lympe — leider ohne Erfolg. In diesem Falle hat also das Mittel nur den Prozeß nicht aufgehalten.“

Durch den Weihnachtsmarkt und die Weihnachtsbäume in den Straßen wird der Millionenstädter in unzweideutiger Weise an die nächste Nähe des Weihnachtsfestes erinnert und auch in den von Sorgen verdüsterten Gemüthern beginnt allgemach der Weihnachtszauber, dem sich doch Niemand ganz entziehen kann, seine Wirkung anzukübeln, sie „helle“ machend. Wenn auch gar Mancher unter dem schweren Trude der Verkehrsmittel den Humor verloren hat, — die Pfefferkuchen-Porten, die nach alt hergebrachter Sitte auch diesmal wieder mit ihren „Werken“ auf dem Markte erschienen sind, haben sich ihren alten Humor bewahrt und sind bestrbt, durch ihre theils gefühlvollen, theils drastischen Ergüsse eine fröhliche Weihnachtsstimmung hervorzurufen, den Menschen ein Böckeln abzugewinnen. Vor Allen ist es auch diesmal wieder das hohe Lied der Liebe, welches von den Pfefferkuchen-Porten gesungen wird, — allerdings von den verschiedensten Gesichtspunkten aus.

Eine entschieden ideale Auffassung verhält zweifellos z. B. die nicht unansehnliche Behauptung:

Wo Liebe wohnt, giebt's keine Leiden!

Etwas skeptisch angehaucht ist bereits ein Anderer, welcher seine Gedanken in folgende Verse kleidet:

Es lebe, was im Herzen treu,
Im Munde ohne Dechelei.
Nun, ohne Dechelei ist offenbar Jener, welcher freimüthig bekennt:

Das Lieben ist leicht sehr,
Aber das Treulieben schwer!
Noch aufrichtiger ist ein Anderer, welcher singt:

Ich liebe Dich aus Herzensgrund
Wie der Doh' sein Neugeburt;
Und wenn er es gestehen hat,
Bin ich Deiner auch schon satt.
Den „Liebeswahn“ illustriert folgender Stoßseufzer:
Von Deinem Reiz bestrickt
Lieb' ich Dich wie verrückt.
Sehr anspruchsvoll scheint derjenige zu sein, welcher wünscht:
Treu, aufrichtig, schön und fein
Möge unser Liebchen sein.
In der That viel auf einmal! Daß aber auch das zarte Geschlecht Ansprüche macht, daran gemahnen folgende Verse:
Du bist nicht der Männer Bier,
Nur ein id Verachte Dir.
Einen sehr praktischen Standpunkt, das Angenehme mit dem Nützlichen verbindend, vertritt der Dichter nachfolgender Verse:
Geld und Gut wünsch' ich Dir,
Deine Liebe wünsch' ich mir.
Einen Grillenfänger kann man den wohl nicht nennen, der dem Grundsätze huldigt:
Wollen wir unser Leben genießen,
So müssen wir trinken und küssen.
Den frohen Lebensgenuss predigen ferner folgende Verse:
Auf, vergesse alle Plagen,
Lach ein Glas das andere jagen.
Wer diesen Rath befolgt, der wird sicher fröhlichen Herzens mit einstimmen in den Jubelruf:
Hoch lebe jeder kluge Gast,
Der weder Wein noch Mädchen haßt.
Allen Spittlerichern und Moralpredigern aber wird das Wort abgeschnitten durch zwei Wörtchen inhaltschwer:
Oder Moralfahle!

Wozu die Liebe zum Eigenthum die Bestehenden treiben kann. Im Kerger über die ihm wiederholt zugefügten Ganjediebstähle hat ein Grundbesitzer in der im Niederbarnimischen Kreise gelegenen Ortschaft Mühlenbeck, ein gewisser Jenz, seinem Leben gewaltsam ein Ende gemacht. Jenz, der in diesem Jahre schon mehrfach durch größere Geflügeliebstähle heimgeführt worden war, kehrte gestern Abend von einer nach Berlin unternommenen Tour zurück und fand zu seinem Schreck seine Ställe wiederum geplündert vor. Dies hat sich J. so zu Herzen genommen, daß er in Schwermuth verfiel und sich kurz darauf, während seine Familie beim Abendbrot saß, in einem seiner Ställe aufhängte.

Ein „überaus schwerer Diebstahl“ ist in der verflochtenen Nacht in der Schinestraße verübt worden. In der in Nr. 8 und 9 daselbst gelegenen Eisengießerei von Michaelis und Caro haben Diebe von einem Fenster des Lagerkuppens die eiserne Jalousie erbrochen und nachdem sie den Weg durchs Fenster genommen, zehn Fentner roher Stahlbarren entwendet. Zur Fortschaffung dieser schweren Beute stahlen sie von einem Nachbargrundstück einen großen Handkarren, auf welchen sie die Last luden. Aber schon am nahen Markbacher war der Karren unter dem Gewicht der Ladung zusammengebrochen, so daß die Spihuben das Brod, nachdem sie es entladen, stehen ließen und die Beute auf andere Weise fortzuschaffen. In welcher Art dies geschehen ist, hat bis jetzt nicht ermittelt werden können.

Polizeibericht. Am 11. d. M. Nachmittags wurde ein Handlungsfreier in einem Hotel mit drei Schußwunden in der Brust, welche er sich mittelst Revolvers beigebracht hatte, noch lebend aufgefunden und nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. — Zu derselben Zeit wurde auf dem Köllnischen Fischmarkt ein Mann von einem Wagen der Paddelfahrt-Gesellschaft überfahren und erlitt einen Bruch des rechten Unterschenkels. — Abends erschloß sich ein Mann in seiner Wohnung, in der Stalhoferstraße, mittelst Revolvers. — Am 11. d. M. Abends und am darauffolgenden Morgen fanden sechs kleinere Brände statt.

Gerichts-Beitung.

Zwei sozialdemokratische Stadtverordnete, die Schankwirth Friedrich Jubel und Karl Gründel, hatten sich gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten, weil sie das königl. Polizeipräsidium beleidigt haben sollten. Am 2. Juni d. J. wurde in einem Saale in der Andreasstraße eine Versammlung der Gastwirth abgehalten, an welcher auch die Angeklagten, Jubel als Vorsitzender, Theil zu nehmen. Als die Frage der Konfessionierung erörtert wurde, soll der Angeklagte Jubel auf eine an ihn gerichtete Anfrage ausgeführt haben, daß das Polizeipräsidium die Konfessionen ganz nach Willkür ertheile. Hierin erblickte der überwachende Beamte, ein Wachmeister, eine Beleidigung. Der Angeklagte gab als möglich zu, daß er den Ausdruck „Willkür“ gebraucht habe, glaubt aber gesagt zu haben, „nach freiem Ermessen“. Als in der Versammlung dann die Rede auf die Konfessionierung der Wiener Cafes kam, soll der Angeklagte Gründel die Behauptung aufgestellt haben, daß der Kaffeehausbesitzer seiner politischen Gesinnung wegen von der Polizeibehörde bestraft werde. Hierin wird ebenfalls eine Beleidigung gefunden. Staatsanwalt Dr. Stephan verkannte nicht, daß die Angeklagten sich bei der Erörterung der erwähnten Themat in Wahrnehmung berechtigter Interessen befunden hätten, hielt aber doch dafür, daß die angewandten Ausdrücke doch über den Rahmen des Zulässigen hinausgingen. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von je 50 M. — Der Verteidiger A. A. Schöpfer hielt eine Freisprechung für geboten, da ja thatsächlich das Polizeipräsidium bezüglich der Polizeistunde von je nach eigenem Ermessen handeln könne und auch die Konfessionen ein gewichtiges Wort mitzusprechen habe. Beide Angeklagte hätten sich in Wahrnehmung berechtigter Interessen befunden. Event. beantragte der Verteidiger amtliche Auskunft der II. Abtheilung des Polizeipräsidiums darüber, daß sozialdemokratische Gastwirths prinzipiell bezüglich der Polizeistunde beschränkt werden, ferner Vorladung des Präsidenten des deutschen Gastwirths-Verbandes, Herrn Emil Wiese. Letzterer würde bekunden, daß in Gastwirths-Kreisen allgemein die Ansicht vorherrscht, daß der Cafetier K. A., welcher an der Spitze der neugebildeten Gastwirths-Zinnung stand, von der Polizei mit besonderem Wohlwollen behandelt werde, so daß derselbe sein von bekannten einheimischen Damen besuchtes Lokal die ganze Nacht offen halten könne, während viele Lokale mit gutem Publikum streng auf Polizeistunde geseht seien. — Der Gerichtshof sprach beide Angeklagte frei, weil er annahm, daß Jubel die Grenzen des § 199 nicht überschritten habe, die Beschuldigung des Angeklagten Gründel aber nicht genügend festgestellt sei.

Vor der 99. Abtheilung des hiesigen Schöffengerichts stand gestern in der Privatklagesache des Schriftstellers Doktor Otto Brahm gegen den Chefredakteur der „Volks-Zeitung“, Dr. Franz Mehring, Termin an. Dieser Prozeß ist durch den Streit über den Fall Lindau unmittelbar angeknüpft worden. In dieser vielbesprochenen Angelegenheit hatte Dr. Brahm seine, dem Angeklagten entgegengesetzte Meinung in einem „Sittliche Entrüstung über den Fall Lindau“ überschriebenen Artikel kund gethan. Dafür wüthete ihn Dr. Mehring nicht nur einige Briefkastennotizen in der Nummer der „Volks-Ztg.“ vom 4. September, sondern auch einen Passus in seiner Broschüre. An beiden Orten wird der Redakteur geführt, daß der Privatkläger aus seiner ehemaligen Stellung als Theater-Rezensent mit Schimpf und Schande entlassen worden sei, weil er als Rezensent nicht nur sich selbst profitirt, sondern auch die Ehre der Theaterkritik und der „Volks-Ztg.“ in besonders schmerzlicher Weise bloßgestellt habe. Es wurde zur weiteren Erläuterung da zählt, daß Dr. Brahm einmal wegen einer unglücklichen über das Wallner-Theater der Zutritt zu dem Theater verweigert worden sei; der Chefredakteur der „Volks-Zeitung“ habe die Ehre des Rezensenten dadurch gewahrt, daß er jede Rekonfession

Bedeutung die deutsch-österreichischen Vertragsverhandlungen einen Bruch mit der Schutzoll-Politik?

Die verkehrte Handelspolitik, welche unter der Regide des ersten Reichskanzlers ihre Blüthe so herrlich getrieben hatte, daß auch den verstocktesten Anhänger dieser „nationalen Wirtschaftspolitik“ zum Bewusstsein kommen mußte, dieser Weg könne ohne Gefahr an der Steuerkraft des Volkes nicht länger betreten werden, beschäftigt zur Zeit die Organe des Handelsministeriums in hohem Maße.

Heute noch zu beweisen, daß die Hochschutzzoll-Politik, welche der staatsmännischen Weisheit des Fürsten Bismarck ihre Entstehung verdankt, das Wirtschaftsleben nicht belastet hat, diese Wasser in die Spröde schütten. Nachdem wir die verkehrten Maßnahmen der letzten Jahre mit einer ungeheuren Einbuße am Nationalvermögen — denn auch die Verkümmern der Ernährungswirtschaft der arbeitenden Klassen fällt in diese Kategorie — haben bezahlen müssen, kann man nicht erwarten, daß noch Beweise im Einzelnen nötig seien für die augenfällige Tatsache, daß die wirtschaftliche Absperrung von unseren Nachbarn die „Auspovertung“ Deutschlands besorgt hat. Wer hätte heute noch die Stirn behaupten zu wollen, daß das Ausland die Hölle trage. Wer hätte Lust, sich jetzt noch der Lächerlichkeit aussetzen durch die Behauptung, daß eine „vollgeschüttete“ Industrie konkurrenzfähig sei, als eine solche ohne diesen Ballast. Niemand, der ehrlich sein will. Die vereinzelt Stimmen aber, welche in den Spalten der „Kreuz-Ztg.“ Unterschlupf finden und für Beibehaltung der verderblichen Wirtschaftspolitik eifern, die sind nicht ehrlich. Die Junker, Magnaten und Ritter von Schlote, welche der Beibehaltung des Zollkrieges das Wort reden, die wissen sehr genau, daß das Hochschutzzoll-System die Eigenschaft hat, Benutzen zu nützen auf Kosten der Allgemeinheit. Diese Rückschrittler werden jetzt, nachdem die Mehrzahl der Städtevertretungen und Handelskammern aus ihrer Unthätigkeit gegenüber der Bedrängnis der konsumierenden Bevölkerung hervorgetreten ist, den Gang der Dinge nicht aufhalten. Nachdem der letzte Vertreter des Zolls ohne Ende, der Mantelträger des Herzogs von Friedrichsruh, Herr Lucius, gefallen ist, hat die Borntheit in Schutzoll-Doktrinen keinen Boden mehr im Ministerium.

Wird dieses die Lehren der falschen Wirtschaftspolitik im Sinne der Wohlthat des Landes nützen? Das wird davon abhängen, in welchem Maße man sich frei machen kann von den finsternen Mächten, welche sich ein Recht auf Rücksicht ihrer persönlichen Interessen angemaßt haben, gleichsam als seien es angestammte Rechte ihres Standes.

Darüber herrscht Einigkeit! Die nachtheiligen Wirkungen der bisherigen Schutzoll-Politik müssen beseitigt werden, trotz aller Sträubens der beteiligten Kreise. Denn nicht allein sollen die Hölle eine Bereicherung der großen Produzenten, sondern auch die Geschäfte des Auslandes, das die erschwerte Konkurrenz der deutschen Industrie weidlich zu seinen Gunsten ausnützt. Wenn es noch eines Beweises bedürfte für die verwerlichen Folgen der zollgeschützten Industrie —, so ist dieser im lebenden erschienen und von uns schon besprochenen Geschäftsbericht des Hörder Hütten- und Bergwerksvereins gegeben, wie es drastischer nicht möglich ist.

So wie es mit zollgeschütztem Eisen ist, so auch mit den Bodenprodukten. Stets hat der Schutzoll nach einer Steigerung des Preises des einheimischen Produkts zu Folge und, falls dieses gewisse Schranken überschreitet, auch eine Abnahme des Konsums. Nimmt der Eisenkonsum z. B. infolge der hohen Inlandpreise ab, so bedeutet das wiederum, daß auch in all den Industriezweigen eine Stodung eintritt, denen das Eisen als Material dient, und so fort, eine Schraube ohne Ende.

Die jegliche Wirtschaftspolitik führt also nach jeder Richtung zur Auspovertung des Reiches durch die Produzenten und, was diese übrig lassen, durch das Ausland. Das nennt man bei uns national und patriotisch. Zum Glück haben sich die Verhältnisse so zugespitzt, daß es nicht länger möglich ist, die Straußvogel-politik zu treiben.

Man kann sich auch in den Kreisen der Sozialpolitiker der Erkenntnis von der Verkehrtheit der Absperrungstheorie nicht enthalten, und die augenblicklichen Verhandlungen, welche zwischen Vertretern der deutschen und österreich-ungarischen Regierung geführt werden und eine wirtschaftliche Annäherung der beiden Länder bezwecken, sind als erster Schritt zur Aufgabe der verkehrten Hochschutzzoll-Politik zu betrachten. Werden diese Verhandlungen zum Ziele führen? Wird es gelingen, unserer Industrie in dem benachbarten Oesterreich ein neues Absatzgebiet zu erschließen? Das sind Fragen, die in den nächsten Tagen zur Entscheidung kommen müssen.

Eine leichte Arbeit ist es jedenfalls nicht, die widerstreitenden Interessen unter einen Hut zu bringen. Es wird großer Energie bedürfen, den verfahrenen Karren aus dem falschen Geleise herauszubringen und namentlich wird dies nur möglich sein, wenn man die Parasiten rücksichtslos abschüttelt, welche bisher in dem reaktionär-junkerlichen Ministerium eine so feste Stütze fanden.

Veranstaltungen.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den vierten Berliner Wahlkreis.

In einer von circa 800 Personen besuchten Versammlung des Vereins hielt am 10. Dezember W. Berner über „Der Kampf der Schule gegen die Sozialdemokratie“ einen Vortrag. Er führte die Schule durch die Lassalle'sche Agitation die sozialistische Bewegung in Fluß kam, glaubte man nicht, daß die Partei so anzuwachsen würde, wie es heute thatsächlich geschehen ist. Von den Schwelmen wurde bei der Schaffung des Sozialistengesetzes angesetzt, daß man hiermit die immer mächtiger werdende Partei vernichten könne. Bald wurde aber auch von verschiedenen Gegnern des Sozialismus eingesehen, daß man die Sozialisten nicht mit Gewaltmitteln aus der Welt schaffen könne. Ideen nicht mit Gewaltmitteln aus der Welt schaffen könne. Ihreswegs wurde nun als Mittel gegen dieselben die Religion angegriffen. — Jetzt endlich kommt man mit der „Unhaltbare“ Schule, dort soll den Kindern schon das „Unhaltbare“ des Sozialdemokraten lehren, gezeigt werden. Nach dem, was man von der in voriger Woche zusammengetretenen Schulkommission gehört hat, sind die sogenannten „höheren“ Schulen dazu angesetzt, das Volkrecht gegen die gemeingefährlichen Lehren der Sozialdemokratie abzugeben. Es wird hierauf Werth gelegt, weil hier die späteren Lehrer herangebildet werden. Es soll das hier Gelehrte in ihrer späteren Praxis verwerthen. Es soll bei der Erziehung Werth auf die Kenntniss der nationalen Geschichte gelegt werden. Man soll also u. A. die Daten der Schlachten

und die Umstände, unter denen sie stattgefunden, kennen. In der nächsten Stunde darauf wird gelehrt: „Liebe Deinen Nächsten wie dich selbst.“ Der Widerspruch zwischen diesen beiden Lehrgegenständen: auf der einen Seite Verherrlichung des Nordes, auf der anderen das Predigen der Nächstenliebe wird gewiß nichts zur Bekämpfung der Sozialdemokratie beitragen. Mit der Eintrichtung zurechtgestoppelter Grundzüge der National-Oekonomie wird man auch nicht die Sozialdemokratie vernichten. Das Lehren in dieser Richtung wird weiter nichts sein, als eine Verherrlichung der heutigen Wirtschaftsweise. Ist der Mensch der Schule entwachsen und verspürt er, durch den Eintritt in die wirkliche Welt, durch den Eintritt in die Produktion, die üblen Folgen der heutigen Wirtschaftsweise am eigenen Leibe, so denkt er ganz anders über dieselbe als wie sie ihm in der Schule dargestellt wurde. Im Uebrigen sind die Eltern dazu verpflichtet, schon heute ihren Kindern das Unrichtige von vielen ihnen in der Schule Gelehrten largumachen. Die Ausführungen des Redners wurden mit großem Beifall aufgenommen. An der sehr lebhaften und theilweise sehr interessanten Diskussion beteiligten sich die Genossen Lichtenhain, Löschle, J. Schlüter, Mielle, Dombrowsky, Neuhäus und Lippmann. — Nachdem beifällig aufgenommenen Schlussworte des Referenten wurden die Genossen David, D. Brandt und Neuhäus zu Revisoren für das 4. Quartal gewählt. Herr Neuhäus macht bekannt, daß er jetzt Sandberger Allee 17 wohne und man dort Zirkulare zum Austritt aus der Kirche entgegennehmen könne. Nachdem der Vorsitzende bekannt gemacht, daß sich der Treffpunkt für diejenigen Genossen, welche am Sonntag, den 14. Dezember, Vormittags 9 Uhr, die Genossenschafts-Hutabril besuchen wollen, in der Kasanien-Allee 35 befindet, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen.

Versammlung arbeitsloser Maler.

Alle arbeitslosen Maler und Anstreicher waren Donnerstag Vormittag zu einer öffentlichen Versammlung zusammenberufen. Es mochten gegen 600 Personen anwesend sein, allerdings nur ein verschwindender Bruchtheil aller in diesem Beruf Arbeitslosen. Den Vorsitz führte Genosse Hohlwegler. Der Reichstags-Abgeordnete Ulrich hielt einen Vortrag über die Ursachen der Arbeitslosigkeit und führte in demselben aus: Die Arbeitslosigkeit ist unter der kapitalistischen Produktionsweise eine Folge der Verwahrlosung des Großbetriebes mit seiner Erzeugung der menschlichen Arbeitskraft durch die Maschine. Bei der stetig zunehmenden Konzentration des Kapitals wird auch die Arbeitskraft des Einzelnen immer weiter auf das Zweckmäßigste verwendet und auf das Neueste ausgenutzt. Daher kommt es, daß die Schaaeren der Arbeitslosen immer mehr zunehmen. Falsch ist es und zeigt von einem geringen Verständnis der wirtschaftlichen Verhältnisse, wenn die Bourgeoisie angesichts der zahllosen Arbeitslosen ausruft, das sind die Arbeitslosen, welche arbeiten könnten, wenn sie nur wollten, aber zum Arbeiten nur keine Lust haben. Wenn sich die Kapitalisten, welche solcher Meinung sind, über die thatsächlichen Verhältnisse genauer informieren würden, dann würden sie nicht mehr moagen, derartige Ansichten laut werden zu lassen. Nicht die Arbeitslosen der Leute ist daran schuld, daß Hunderttausende ohne Arbeit herumlaufen, sondern das ist nur allein ein Ausfluß unserer geregelten Produktionsverhältnisse. Wir sind fest davon übergegt, daß wohl fast alle von denen, welche heute arbeitslos umher laufen, gern und ohne jedes Besinnen eine ihnen gebotene Gelegenheit, Arbeit anzunehmen, ergreifen würden. (Bravo!) Nicht diese Leute darf man daher arbeitslos nennen, sondern diese Vegetation paßt viel zutreffender auf eine andere Klasse von Menschen. Als arbeitslos kann man mit vollem Recht diejenigen nennen, deren Tagewerk bereits vollendet ist, wenn sie aufgestanden sind. Dies sind die berufsmäßigen Faulenzer (Beifall). Jede neue Erfindung, jede Verbesserung der Produktionsmittel schafft von Neuem Arbeitslose, vermehrt das Heer derjenigen, welche sehr gerne arbeiten möchten, aber trotz aller Anstrengung keine Arbeit finden können. Und mit jeder Vergrößerung des Angebots der Arbeit auf dem Arbeitsmarkt geht Hand in Hand eine Verschlechterung der Arbeitslöhne. Aufgabe des Staates wäre es einer Verbesserung dieser schreienden Uebelstände nachzuforschen, doch ist eine solche auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung nicht möglich, denn die kapitalistische Produktionsweise setzt jeder Verbesserung der Lage der Arbeiter ein Hindernis entgegen. Im Interesse des Unternehmers liegt es, immer neue Arbeiterkräfte in die Produktion hineinzuziehen, damit sich das Angebot der Arbeit stetig vergrößere. Wir sehen daher, daß selbst das Kind schon der Konkurrenz des Vaters ist. Wenn heute noch nicht im Malergewerbe die Konkurrenz der Frau besteht, so liegt das darin, daß bisher jeder Versuch, die Frauen ebenfalls auf das Gängegerüst zu stellen, durch die Intervention der Polizei gescheitert ist, an Versuchen dieser Art hat es nicht gefehlt. Die Maler betrachten sich vielfach als etwas Besseres, wie der gewöhnliche Lohnarbeiter, sie halten sich theilweise für Künstler. Dieser Standpunkt ist grundfalsch. Auch die Kunst muß nach Brot gehen und der Künstler arbeitet genau so im Dienste des Kapitalismus, wie jeder andere Lohnarbeiter. Die Arbeiterklasse muß aus sich selber heraus seine Lage verbessern. Wenn auch der Einzelne auf Grund seines guten Rechtes seine Lage verbessern möchte, so kann er, als Einzelner nicht durchdringen. Nur durch eine starke Vereinigung aller Arbeiter kann etwas erreicht werden, kann ein Druck auf die Kapitalisten ausgeübt werden. Die gesamte Arbeiterschaft muß eine feste Kette bilden, in welcher ein Jeder ein Glied bildet. Dann werden wir fest vorgehen können, dann orachen wir nicht um Gnade und Mitleid zu stehen, sondern werden unser gutes Recht verlangen. (Veh. Beifall.) Die jegliche Sozialreform bietet dem Arbeiter nichts weiter, als höchstens eine veränderte Armenpflege. Es wäre auch wünschenswert, auf eine wahrhafte Verbesserung zu rechnen, wenn dieselbe auf das heutige Lohnsystem aufgebaut ist. Selbst durch eine erhebliche Reduktion der Arbeitszeit wird noch lange nicht das soziale Elend aus der Welt geschafft. Unter den Arbeitern muß aus diesen Gründen die Erkenntnis verbreitet werden, daß nur durch Beschränkung der Profitwuth des Unternehmers etwas für sie gethan werden kann. Wenn die Massen das erkannt haben werden, dann werden sie, statt in das Unternehmertum ihre Hoffnung zu setzen, sich auf ihre eigene Kraft stützen. Sie werden sich in ihrem eigenen Interesse erst zusammenschließen und vereint mit ihren Forderungen vorgehen. Deshalb ist es Pflicht eines jeden Arbeiters nach dieser Richtung hin zu wirken und zu agitieren. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

In der Diskussion führt Genosse Hohlwegler den neuen Arbeiterklub der Versammlung vor Augen, nach welchem Arbeiter, welche in uneigennütiger Weise sich an die Spitze einer Lohnbewegung stellen, härter bestraft werden als Diebe. (Veh. Beifall.) Genosse Schweizer weist auf die Tausende von Arbeitslosen hin, und nennt das Vorhandensein eines solchen Zustandes eine weitere Zeile in dem Schuldwege der kapitalistischen Produktionsweise (Veh. Beifall.)

Genosse Schulz fordert unter allgemeiner Zustimmung zum gemeinsamen Vorgehen gegen die Kapitalmacht auf.

In seinem Schlusswort führt der Referent aus, daß trotz aller Bemühungen und alle möglichen scheinbaren Maßnahmen nicht im Stande sind, die Erkenntnis des arbeitenden Volkes weiter zu verbunkeln. Die Arbeiter haben die Einsicht erlangt, daß sie sich nur durch sich selbst vom Druck befreien können. Sie wissen, daß eine Beseitigung der Arbeitslosigkeit und des Elends nur zu ermöglichen ist, wenn die gesammte Produktion in die Hände des ganzen Volkes gelangt. Die privatkapitalistische Produktionsweise dagegen braucht die Arbeitslosigkeit, denn diese schafft ihr die billigen Löhne. Heute sind die Entdeckungen und Erfindungen ein Fluch für den Arbeiter. Trotzdem sind wir keine Gegner derselben, sondern begrüßen sie mit Freuden, denn unser Hauptbestreben richtet sich nur darauf, dieselben zu einem Segen für die Menschheit zu machen. (Stürmischer Beifall.) Es gelangt hierauf folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: Die heute bei Joel tagende Versammlung der arbeitslosen Maler und Anstreicher erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden, sie sieht die Arbeitslosigkeit als ein Produkt der heutigen Wirtschaftsordnung an und erkennt, daß nur durch eine Verkürzung der Arbeitszeit und einen gesetzlich geregelten Normalarbeitstag, gemäß den Anträgen der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion, die heutige Arbeitslosigkeit etwas beschränkt werden kann. Um eine Verkürzung der Arbeitszeit in ihrem Gewerbe einigermassen durchzuführen, erklärt die heutige Versammlung, sich Mann für Mann der bestehenden Fachorganisation anzuschließen, wie auch bei den Wahlen nur für sozialdemokratische Kandidaten einzutreten.

Eine öffentliche Versammlung für Müller und Mühlenarbeiter tagte in Krüger's Bierhallen, Gr. Frankfurterstraße 99, unter Vorsitz des Kollegen Nielsch. Herr Behrend sprach unter allgemeinem Beifall über das Thema: Was kann der Reichstag der Arbeiterklasse nützen? — In der Diskussion sprachen die Kollegen Grünau und Nielsch. Kollege Grünau unterzog namentlich die Thätigkeit des Abgeordneten Frör, von Stumm in der Kommission einer scharfen Kritik. Auch Kollege Nielsch schloß sich den Ausführungen des Referenten voll und ganz an; er betonte, daß der Parlamentarismus durchaus nicht so zwecklos sei; vor allen Dingen komme es darauf an, einen Normal-Arbeitstag zu schaffen, denn dadurch würden Laufende und Ubertausende von Kollegen, welche jetzt noch, wie es namentlich in unserem Gewerbe der Fall sei, bei einer 18 bis 20stündigen Arbeitszeit dahin vegetieren, der modernen Arbeiterbewegung zugeführt. Zum dritten Punkt der Tagesordnung, Bericht der Revisionskommission, referierte Kollege Grünau, derselbe berichtete, daß es der Kommission unmöglich sei, die Abrechnung vom Streik der Berliner Profabrik zum Abschluß zu bringen, weil Kollege Altentrich noch im Besitz von Listen sei, sie jedoch trotz mehrmaliger Aufforderung nicht vorlegt. Die Versammlung beschloß darauf die Angelegenheit der Agitations-Kommission zu überweisen, und die Revisions-Kommission von ihrem Amte zu entbinden. Die Berichterstattung der Delegirten der Berliner Streik-Kontrollkommission erledigte Kollege Wille. Kollege Nielsch kritisierte die Saumseligkeit der Delegirten, namentlich des Kollegen Altentrich, Friedrichsruhstr. 23 wohnhaft, da derselbe bei den Versammlungen der Berliner Streik-Kontrollkommission gewöhnlich durch Abwesenheit glänze; auch Kollege Wittmann tadelte die Laubheit der Delegirten und betont, daß die Delegirten unbedingt die Pflicht hätten, den Versammlungen der Berliner Streik-Kontrollkommission beizuwohnen und die Gewerkschaft von von gefassten Beschlüssen in Kenntniss zu setzen. Die Versammlung beschloß daraufhin, den Kollegen Altentrich von seinem Amte zu entbinden. An Stelle des Kollegen Altentrich wurde Kollege Grünau einstimmig gewählt. Der Vorsitzende machte zum Schluß der Versammlung bekannt, daß Kollege Wittmann, der bisherige Vorsitzende unserer Filiale, heute das letzte Mal in unserer Mitte weile, da derselbe eine Stellung außerhalb anträte. Mit einigen warm empfundenen Worten dankte der Vorsitzende im Namen der Versammlung dem Kollegen Wittmann für sein unerwidliches Wirken innerhalb unserer Organisation. Mit einem Hoch auf den Scheidenden, in welches die Versammlung begeistert einstimmt, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Eine öffentliche Versammlung der Schmiedegesellen Berlins und Umgegend tagte am 9. Dezember mit der Tagesordnung: Die Nachtheile des Arbeitsverhältnisses und der Augen der Beseitigung derselben. Der Referent, Fr. Theis aus Hamburg, löste seine Aufgabe in glänzender Weise. Am Schluß des Vortrages waren zwei Resolutionen eingebracht: 1. Die heutige öffentliche Schmiedeverammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und beschließt, in Erwägung unserer schweren Arbeit und gedrückten Lage, die es uns nicht ermöglichen läßt, uns geistig auszubilden und mit den Bestimmungen der Gesetze bekannt zu machen, mit allen gesetzlichen Mitteln dahin zu streben, daß die heutigen Produktionsverhältnisse beseitigt und so geregelt werden, daß einem jeden Arbeiter der volle Ertrag für seine Arbeit zukommt. Um dieses zu erreichen, verpflichtet sich jeder Kollege, sich der Vereinigung der Schmiede Deutschlands anzuschließen.

2. Ferner protestiren wir ganz entschieden gegen die Vorlage zur Gewerbe-Ordnung, wonach Streikführer mit 1 Jahr Gefängnis bestraft werden sollen. Beide Resolutionen wurden angenommen. Ferner erstatteten die Delegirten der Berliner Streik-Kontrollkommission Bericht über die dortgefassten Beschlüsse.

Reisenheder. Am Sonntag, den 7. Dezember, tagte unter dem Vorsitz des Herrn W. Hoffmann eine öffentliche Versammlung der Eisenheder und Berufsgenossen. Herr Pirch sprach unter dem Beifall der Versammlung über „Unternehmerverbände und Arbeiterkoalitionen.“ Referent erwähnte mit kernigen Worten die Ausbreitung der Hamburger Arbeiter, die Nothlage der heutigen Arbeiter infolge der Maschinentechnik, den Verweigerungskampf derselben um ihre Organisationen und schloß mit einem Appell an die unorganisirten Kollegen unserer Branche, sich der Vereinigung anzuschließen. Da sich zur Diskussion Niemand meldete, so machte der Vorsitzende noch auf das Vergnügen aufmerksam, welches am 1. Feiertag bei Reihner, Gartenstraße 161, Abends 6 Uhr, stattfindet und fordert zu zahlreicher Theilnahme auf.

In der letzten Versammlung des Fahrvereins der Lithographie-Steinschleifer sprach Steindruder Herr Schöppe über: „Thomas Moore und seine Utopie“. Der Referent erstete reichen Beifall. Zu „Verschiedenem“ wurde beschlossen, die nächste Versammlung auf Dienstag, den 13. Januar 1891, zu verlegen. Außerdem wurde der Antrag von J. Kose angenommen, der Nachtrager wegen Mitte Februar eine Sonntagsversammlung mit Abendunterhaltung anzuberaumen, wozu keine Extra-Einladungskarten ausgeschickt werden.

